

Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg



Herausbildung des Landesverbandes Brandenburg (April bis Dezember 1990)

Dokumente und Zeitzeugenberichte

Heft 1 / 3



Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg

Herausbildung des Landesverbandes Brandenburg
(April bis Dezember 1990)

Dokumente und Zeitzeugenberichte

Heft 1/3

Impressum:

Herausgeber: AG Geschichte beim Landesvorstand der PDS

Zusammengestellt und bearbeitet: Dr. Ulrike Koch, Kurt Koopmann, Dr. Horst Maiwald, Wolfgang Preller, Christa Schneider und Wolfgang Thiel

Leitung: Dr. Gerlinde Grahn

Redaktionsschluss: Mai 2005

Technische Gestaltung: Reinhard Frank

Umschlag: Prof. Dr. sc. Michael Schumann

Foto: Archiv der PDS

Druck: Eigendruck der PDS-Landesgeschäftsstelle

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Einleitung | 7 |
| Abkürzungsverzeichnis | 12 |
| Zeitzeugenberichte | |
| Kerstin Bednarsky: Aus einem Interview vom 19. November 2002, Teil 3 | 14 |
| Jürgen Akuloff: Aus einem Interview vom 23. und 27. Oktober 2004, Teil 2 | 16 |
| Dokumente | |
| Dokument 1 Beschluss der 1. Bezirkskonferenz der PDS Potsdam vom 11. Februar 1990 zur Einberufung der 1. Landeskon- ferenz der PDS Brandenburg | 21 |
| Dokument 2 Entwurf eines Standpunktes der Landeskonferenz der PDS (Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder), Cottbus) zur Länderbildung (Auszug) | 21 |
| Dokument 3 Auszug aus dem Referat Heinz Vietzes auf der 2. Bezirksdele- giertenkonferenz Potsdam der PDS am 26. Mai 1990 | 22 |
| Dokument 4 Schreiben Walter Jankas an Heinz Vietze in Vorbereitung des 1. Landesparteitages der PDS Brandenburg, Kleinmachnow im Juni 1990 | 26 |
| Dokument 5 Auszug aus dem Referat Heinz Vietzes auf dem 1. Landes- parteitag der PDS Brandenburg in Potsdam am 16. Juni 1990 | 27 |
| Dokument 6 Schreiben der Delegierten und Gäste des 1. Landesparteitages der PDS Brandenburg vom 16./17. Juni 1990 an den Ministerprä- sidenten der DDR, Lothar de Maizière zu den Verhandlungen über den Einigungsvertrag | 37 |

| | |
|--|----|
| Dokument 7 | 37 |
| Handschriftliche Information über den 1. Parteitag des Landesverbandes Brandenburg am 17. Juni 1990, Berlin, 18. Juni 1990 | |
| Dokument 8 | 40 |
| Handschriftlicher Vermerk zur Lage im Landesverband Brandenburg der PDS vom 21. Juni 1990 | |
| Dokument 9 | 41 |
| Aus dem Wahlprogramm des Landesverbandes Brandenburg der PDS zu den Landtagswahlen 1990. Beschluss der Wählervertreterkonferenz (des Wahlparteitages) vom 18. August 1990 | |
| Dokument 10 | 48 |
| Brandenburger Friedensappell 1. September 1990, angenommen auf der Wählervertreterkonferenz der PDS des Landes Brandenburg am 18. August 1990 | |
| Dokument 11 | 49 |
| Wahlvertrag PDS–Linke Liste im Land Brandenburg 1990 vom August 1990 | |
| Dokument 12 | 50 |
| Gemeinsame Wahlplattform PDS–Linke Liste (PDS, fdj, Marxistische Partei „DIE NELKEN“, USPD) zu den Landtagswahlen im Land Brandenburg vom August 1990 | |
| Dokument 13 | 51 |
| Aus einer Kurzaufstellung der wahlkreisbezogenen Wahlergebnisse der Bundestagswahl 1990 für das Land Brandenburg nebst einiger Bemerkungen für den Landesvorstand Brandenburg der PDS, angefertigt von Kai-Uwe Schnapp, Berlin am 12. April 1991 | |
| Literaturhinweise | 54 |

Einleitung

April bis Dezember 1990

Die Volkskammer- und Kommunalwahlen und das Ende der DDR

Zwischen März und Oktober 1990 wurde von der Volkskammer und der Regierung de Maizière unter direkter Einflussnahme politischer Kräfte der BRD die endgültige Demontage des politischen und wirtschaftlichen Systems der DDR vorgenommen und der Anschluss an die BRD vorbereitet.

Der friedliche, demokratische Aufbruch des Volkes vom Herbst 1989, von dem ein größerer Teil einen besseren Sozialismus, demokratischere Verhältnisse in der DDR wollte, erlitt eine Niederlage.

Mit den Wahlen im März und Mai 1990 entschied sich die große Mehrheit der Bürger der DDR für die D-Mark, die Marktwirtschaft und damit für eine bürgerlich-demokratische Grundordnung. Der Prozess der deutschen Einheit vollzog sich nicht, indem zwei deutsche Staaten zusammenwuchsen, sondern in entwürdigender, deprimierender Weise durch Anschluss nach Artikel 23 des Grundgesetzes. Der Prozess der Restauration der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der Einführung politischer Strukturen nach BRD-Modell setzte ein.

Mit dem ersten Staatsvertrag zwischen der BRD und der DDR, der am 18. Mai 1990 von den Finanzministern Theo Waigel und Walter Romberg unterzeichnet wurde und der u.a. die Einführung der D-Mark ab 1. Juli 1990 vertraglich regelte, wurde die „Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“ mit der BRD endgültig auf den Weg gebracht.

Am 23. August 1990 erklärte die Mehrheit der Volkskammerabgeordneten, gegen die Stimmen der PDS, den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD entsprechend Artikel 23.

Da die eigentliche Konstituierung der Länder erst nach den Landtagswahlen und damit nach dem Anschluss der DDR erfolgen sollte, waren sie nicht Partner des zweiten Staatsvertrages (sog. Einigungsvertrag), den die Volkskammer am 20. September 1990, wiederum gegen die Stimmen der PDS und einzelner Abgeordneter anderer Fraktionen, beschloss. Die PDS lehnte den Vertrag ab, da die Interessen der DDR-Bürger nicht genügend berücksichtigt wurden. Die DDR hört schließlich am 2. Oktober 1990 auf zu existieren. Am 4. Oktober 1990 nahmen 144 Abgeordnete der ehemaligen Volkskammer an der Bundestagssitzung im Berliner Reichstagsgebäude, darunter Dagmar Enkelmann und Michael Schumann von der Brandenburger PDS, teil.

Die Erneuerung der PDS und die Kommunalwahlen

Mit der Vorbereitung auf den Anschluss an die BRD und dessen Vollzug musste sich die PDS insgesamt und im Land Brandenburg ganz neuen Anforderungen stellen.

Schon die Ergebnisse der Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 hatten deutlich gezeigt, dass eines der wesentlichen politischen Arbeitsgebiete der PDS künftig die Kommunalpolitik sein würde und dafür die entsprechenden inhaltlichen und organisatorischen Bedingungen geschaffen werden mussten. Gerade in diesem Bereich bestand die Möglichkeit des unmittelbaren Kontaktes zu den Bürgern, des konkreten Einsatzes für deren Interessen, der Entwicklung eines neuen Demokratieverständnisses und der Vermittlung des Bildes von einer sich

erneuernden sozialistischen Partei.

Die sich seit Jahresbeginn 1990 neu formierenden Strukturen erwiesen sich dafür als gute Grundlage. War es zu Jahresbeginn oft nur ein „Auffangen“ sich plötzlich heimatlos fühlender Mitglieder gewesen, begannen sich die Basisorganisationen in den Wohngebieten als praktikable territoriale Gliederungselemente zu erweisen.

Zugleich wurde damit eine ständige enge und wirksame Verbindung zwischen den nach den Kommunalwahlen entstandenen Fraktionen der PDS in den Volksvertretungen und den Parteiorganisationen in den Territorien ermöglicht.

Waren schon die auf den Februarkonferenzen verabschiedeten Wahlprogramme für die Volkskammerwahlen eine wichtige Orientierung für die sich neu formierenden Parteiorganisationen in den Bezirken, wurde mit der ersten kommunalpolitischen Konferenz am 7. April 1990 in Potsdam eine neue Form zur Koordinierung der Vorbereitungen aller drei Bezirke auf die Kommunalwahlen am 6. Mai gefunden.

Die am 6. Mai 1990 in der ganzen DDR durchgeführten Kommunalwahlen brachten in den drei brandenburgischen Bezirken für die PDS folgende Ergebnisse: Cottbus 15,7 %, Frankfurt (Oder) 19,65 % und Potsdam 15,67 %.

In einer ersten Zusammenkunft am 24./25. August tauschten PDS-Bürgermeister des Landes ihre Erfahrungen über die Kommunalwahlen aus und verständigten sich über neue Anforderungen in der Kommunalpolitik, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen.

Am 22. September gründete sich schließlich in Berlin das „kommunalpolitische Forum“ der PDS.¹

Die Bildung des Landes Brandenburg und des Landesverbandes der PDS

Gleichzeitig mit dem Kommunalwahlkampf im März und April 1990 war die Bildung des Landesverbandes Brandenburg der PDS inhaltlich und organisatorisch in Angriff zu nehmen, war das Wiederaufleben der Länder doch schon seit dem Herbst 1989 im Gespräch.² (Dok. 2) Im Februar 1990 hatte der Vorsitzende des Rates des Bezirkes, Herbert Tzschope, den Runden Tisch darüber informiert, dass im Zuge der Verwaltungsreform ein Koordinierungsausschuss der drei Bezirke Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam gebildet worden sei.³ In diesem Zusammenhang eingeleitete Maßnahmen, wie die Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes, wiesen eindeutig auf die bevorstehende Länderbildung hin.

Als Schlussfolgerung daraus hatte der Bezirksverband Potsdam schon auf seiner 1. Bezirkskonferenz am 11. Februar 1990 einen Beschluss zur Einberufung der 1. Landeskonferenz der PDS Brandenburg für den 1. März 1990 nach Potsdam gefasst. Das Präsidium des Bezirksvorstandes wurde beauftragt, gemeinsam mit den Präsidien von Cottbus und Frankfurt (Oder) diese Konferenz vorzubereiten. (Dok. 1)

Zu einer Grundsatzberatung der drei Bezirksvorstände über die Konsequenzen, die sich für die PDS aus der anstehenden Länderbildung ergaben, kam es dann aber erst am 8. April 1990. Ein Koordinierungsrat aus jeweils drei Vertretern der Bezirke wurde in der folgenden Zeit berufen, der ein Positionspapier mit dem Standpunkt der PDS zur Länderbildung, den Entwurf eines Wahlprogramms und Vorstellungen über die Struktur und Arbeitsweise des Landesverbandes erarbeitete.⁴

Als konsequenter Bestandteil der politischen Wende wurde eine Verwaltungsreform gesehen, deren immanenter Bestandteil die möglichst rasche Bildung von Ländern im Interesse der Bevölkerung sein sollte. Grundsätzliche Vorteile wurden von der PDS darin gesehen, dass Landesparlamente und –regierungen besser auf die Spezifik des Territoriums eingehen können als eine Zentralregierung. Durch das Anknüpfen an historisch Gewachsenes werde die Identifizierung der Bürger mit dem Land wachsen. Derzeit bestehende Strukturen würden zerschlagen und günstige staatsorganisatorische Voraussetzungen für das Zusammenwachsen beider deutscher Staaten, eingebettet in den europäischen Einigungsprozess, geschaffen. Das Prinzip der Selbstverwaltung der Kommunen wurde im Gegensatz zum demokratischen Zentralismus als tragendes Prinzip betrachtet.

Am 26. Mai fand in Potsdam die zweite Bezirkskonferenz statt, die den Stand der Erneuerung und die Ergebnisse der Kommunal- und Volkskammerwahlen einschätzte und konkrete Schritte zur Bildung des Landesverbandes beriet. (Dok. 3)

Am 16./17. Juni konstituierte sich die Landeskonferenz zum 1. Landesparteitag der PDS für das Land Brandenburg. (Dok. 4 und 5) Ein Landesvorstand, bestehend aus 53 Mitgliedern, mit Sitz in Potsdam, wurde gewählt. Vorsitzender wurde Heinz Vietze, seine Stellvertreter Kerstin Münzberg und Wolfgang Thiel. Zum Vorsitzenden der Landesschiedskommission wurde Kurt Libera gewählt.

Am 14. Juli und 2. September fand in Potsdam eine Landeskonferenz statt, die den bis dahin erreichten Stand der Erneuerung einschätzte und Perspektiven einer Partei des demokratischen Sozialismus debattierte. Beraten wurde u.a. über Chancen und Probleme linker Bündnisse in und für Deutschland und die Krise der politischen Organisationsformen. (Dok. 7 und 8) Streit entfaltete sich besonders um die Frage: PDS - Partei oder Bewegung.

Bewährungsproben für den Landesverband

Zu einer schweren Belastungsprobe für die gesamte Partei wurde die am 31. Mai erfolgte Einsetzung einer „Unabhängigen Kommission zur Überprüfung der Vermögenswerte von Parteien und Massenorganisationen der DDR“ durch die Volkskammer. Viele Mitglieder befürchteten nicht zu Unrecht, dass damit die PDS enteignet und in den finanziellen Ruin getrieben werden sollte. Gegen die „lex PDS“ wehrten sich am 2. Juni 65 000 Menschen im Berliner Lustgarten. Die Feststellung der Vermögenswerte der Partei erwies sich teilweise als schwierig, da leitende Funktionäre der SED oft im Bewusstsein ihres Alleinherrschaftsanspruches keinen besonderen Wert auf eine juristisch exakte Dokumentation des Eigentums der Partei gelegt hatten. Deshalb waren häufig zeit- und kraftaufwändige Nachforschungen im Ausland, der DDR und auch auf regionaler Ebene erforderlich. Hinzu kam, dass von einigen PDS-Finanzexperten aus Angst vor der Enteignung eine illegale Sicherung von Parteivermögen versucht wurde.

Im Oktober 1990 führten die von den leitenden Funktionären Wolfgang Pohl, Wolfgang Langnitschke und Karl-Heinz Kaufmann vorgenommenen Finanzmanipulationen zu einer ernsthaften Krise der PDS. In Folge kam es zu einer neuen Austrittswelle und wiederum zu Forderungen nach Auflösung der Partei.

Vom Herbst 1989 bis zum Jahresende 1990 hatten sich von der SED zur PDS in der Mitgliederbewegung grundlegende Wandlungen vollzogen.

Ihr Mitgliederstand hatte sich in mehreren Wellen dramatisch verringert. Verschiedene Austrittswellen aus der SED und PDS lassen sich feststellen.

Parteiaustritte erfolgten erstmals im nennenswerten Umfang im Zusammenhang mit den Parteigesprächen im September 1989. Das setzte sich in den Monaten der Wende im Oktober/November 1989 fort, erreichte im Januar 1990 im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen in der Partei einen Höhepunkt. Nicht zu übersehen war die große Zahl nicht erfolgter Ummeldungen von den BPO in die WPO ab Anfang Januar 1990.

Auf der Bezirkskonferenz im Mai 1990 bemerkte Heinz Vietze u.a. zu den Austritten: „Wir fürchten die Vergangenheitsbewältigung nicht, im Gegenteil, sie wird uns stärken.

Ungerecht ist höchstens, dass wir sie politisch für Karrieristen und Opportunisten mit zu bewältigen haben, die niemand mehr fragt, weil sie aus der Partei ausgetreten sind, deren Austritte ... hat die Erneuerung unserer Partei beschleunigt. Das schließt ein, dass wir alle in der Öffentlichkeit auch klarstellen müssen, dass wir für das Verhalten ausgetretener Mitglieder nicht verantwortlich sind...“⁵

Einen Monat später listet er eine ganze Reihe von Austrittsmotiven auf, so Existenzangst, Nötigung durch Vorgesetzte und staatliche Organe (Gefahr der Berufsverbote), Druck durch Familienangehörige bzw. Verwandte, nachlassende innere Bindung an die Partei, kein Einverständnis mit Programm und Statut; Auswirkungen der „Altlasten“ der SED, die man nicht mittragen will (z.B. Gewährleistung von Unterschlupf für ehemalige Terroristen auf dem Gebiet der DDR). Besonders schwerwiegend sei der Verlust von Mitgliedern mit Sachkompetenz.⁶

Nachdem für einige Monate ein gewisse Stabilisierung mit einem gleichbleibendem Umfang von Austritten erfolgte, kam es im Zusammenhang mit dem Finanzskandal um Wolfgang Langnitschke, Karl-Heinz Kaufmann und Wolfgang Pohl im Oktober 1990 zu einer letzten großen Austrittswelle.

In der Bezirksparteiorganisation Frankfurt (Oder) waren im September 1989 74 000, am 21. Februar 1990 29 500 und am 21. Mai 1990 nur noch 19 245 Mitglieder organisiert.

Die Bezirksparteiorganisation Potsdam hatte am 30. September 1989 105 537, am 23. Januar 1990 53 483 und am 21. Mai 1990 nur noch 22 436 Mitglieder.

Im Bezirk Cottbus waren es am 5. Januar 1990 63 000 Mitglieder der SED/PDS und am 21. Mai 1990 17 006 Mitglieder der PDS.⁷

Auf dem 2. Parteitag der PDS am 26./27. Januar 1991 wurden für den Landesverband Brandenburg die Zahlen 59 202 für Ende Mai und 46 262 für Ende Dezember 1990 genannt.

Die Landtags- und Bundestagswahlen Ende 1990

Im Herbst 1990 bestimmten zwei weitere Wahlkampagnen die Arbeit der PDS im Land.

Die Wählervertreterkonferenz des Landesverbandes in Potsdam am 18. August bildete den Auftakt für die bevorstehenden Landtagswahlen am 14. Oktober, die erstmalig vom Landesverband gemeinsam zu führen waren. Das Wahlprogramm (Dok. 9) wurde diskutiert und Kandidatenvorschläge beraten. Spitzenkandidat wurde Lothar Bisky.

In Vorbereitung der Landtagswahlen ging die PDS ein Wahlbündnis mit der KPD, der USPD, der fdj und der Marxistischen Partei „Die Nelken“ ein. Zwischen ihnen wurde im August 1990 ein Vertrag unterzeichnet und eine gemeinsame Wahlplattform angenommen. Trotz unterschiedlicher Auffassungen in Einzelfragen einigte man sich auf eine Reihe von Grundforde-

rungen im Interesse der Bürger Brandenburgs.(Dok. 11 und 12) Das betraf unter anderem das Recht aller Bürger auf Teilhabe an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Forderung nach wirtschaftlichem Aufschwung des Landes ohne Arbeitslosigkeit und Schutz der Naturressourcen und Erhalt der ländlichen Siedlungsgebiete und ihrer produktiven Grundlagen. Ein gerade für das Brandenburger Territorium wichtiger Aspekt war das Eintreten für die Entmilitarisierung des Landes durch eine schrittweise Verringerung des militärischen Potentials bei Sicherung der sozialen Perspektive der Berufssoldaten und Zivilbeschäftigten.

Dass diese Wahlplattform zumindest von einem Teil der Wähler angenommen wurde, zeigte das Ergebnis der Landtagswahl am 14. Oktober. Die PDS-Linke Liste erreichte 14,3 % der Erststimmen und 13,4% der Zweitstimmen und damit 13 Sitze im Landtag. Fraktionsvorsitzender in der 1. Legislaturperiode des Brandenburgischen Landtages wurde Lothar Bisky und Parlamentarischer Geschäftsführer Heinz Vietze.

Mit dem Einzug einer Fraktion PDS/Linke Liste eröffnete sich ein neues weites Feld für die politische Arbeit der Partei unter den Bedingungen eines bürgerlich föderalen Bundeslandes. Schon wenige Tage nach den Wahlen fand am 20. Oktober in Potsdam die Wählervertreterkonferenz zur Nominierung der Kandidaten zur Bundestagswahl statt, auf der als Spitzenkandidatin Dagmar Enkelmann gewählt wurde. Die PDS trat wiederum bundesweit in einer Listenverbindung an.

Im Ergebnis der Bundestagswahlen am 2. Dezember, bei der die PDS-Linke Liste in Brandenburg 11,78 % der Erststimmen und 11,03 % der Zweitstimmen erreichte, zogen als Abgeordnete der Brandenburger PDS Jutta Braband, Dagmar Enkelmann und Dietmar Keller in den Bundestag ein.

Die Ergebnisse der Wahlen im Land Brandenburg im Jahre 1990 hatten grundlegende Veränderungen ihrer Stellung im Parteiensystem des Landes gebracht. Sie war von der „führenden“ Kraft zu einer Partei unter anderen, noch dazu in der Opposition geworden. Sie hatte ihre Daseinsberechtigung für die Bürger mit ihrer Programmatik und den Alltagsforderungen unter Beweis zu stellen und in der täglichen politischen Arbeit ihr Verhältnis zu parlamentarischen und außerparlamentarischen Methoden zu bestimmen.

Schon nach den ersten beiden Wahlen zu Beginn des Jahres war Heinz Vietze auf der 2. Bezirkskonferenz darauf eingegangen, dass der Erneuerungsprozess das noch konsequentere Durchdenken und inhaltliche Ausloten des Verhältnisses von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit erfordere. Um wie vieles mehr war das für die Landes- und Bundesebene notwendig geworden. Die Abgeordneten der PDS hatten sich auf ihre Rolle als konstruktive Opposition einzustellen. Die Abgeordneten waren Mitglieder der Partei im Parlament, aber vor allem den Bürgern, ihren Wählern gegenüber, verantwortlich. Heinz Vietze machte deutlich, dass die PDS-Abgeordneten, auch in der parlamentarischen Opposition, in staatliche Strukturen integriert sind, ihre Wirksamkeit zur Umsetzung der Politikangebote der PDS aber entscheidend durch außerparlamentarische Aktivitäten gefördert wird.⁸

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|----------|--|
| ABI | Arbeiter- und Bauerninspektion |
| AGL | Abteilungsgewerkschaftsleitung |
| APO | Abteilungsparteiorganisation |
| ASR | Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften |
| BdVP | Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei |
| BGL | Betriebsgewerkschaftsleitung |
| BKK | Braunkohlenkombinat |
| BL | Bezirksleitung |
| BLHA | Brandenburgisches Landeshauptarchiv (in Potsdam) |
| BMK | Bau- und Montagekombinat |
| BRK | Bezirksrevisionskommission |
| CDU | Christlich-Demokratische Union |
| DFD | Demokratischer Frauenbund Deutschlands |
| DSU | Deutsche Soziale Union |
| EG | Europäische Gemeinschaft |
| EKO | Eisenhüttenkombinat- Stahl AG Eisenhüttenstadt |
| FDGB | Freier Deutscher Gewerkschaftsbund |
| FDJ, fdj | Freie Deutsche Jugend |
| GO | Grundorganisation |
| GRW | Geräte- und Reglerwerk |
| GSSD | Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland |
| HGL | Hausgemeinschaftsleitung |
| IFA | Industrieverband Fahrzeugbau in der DDR |
| IG | Industriegewerkschaft |
| JVA | Justizvollzugsanstalt |
| KPD | Kommunistische Partei Deutschlands |
| KSZE | Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa |
| KV | Kreisvorstand |
| LISA | Linke Sozialistische Arbeitsgemeinschaft |
| LPG | Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft |
| LR | Lausitzer Rundschau Organ der Bezirksleitung Cottbus der SED, 1. Jg. 1952 |
| LV | Landesvorstand |
| MdL | Mitglied des Landtags |
| MfS | Ministerium für Staatssicherheit |
| MV | Märkische Volksstimme Potsdam 1946 bis Oktober 1990.; bis 5. Dezember 1989 „Organ der Bezirksleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, bis 1. April 1990 mit dem Untertitel „Sozialistische Tageszeitung im Bezirk Pots- dam“, ab 2. April 1990 Untertitel „Potsdamer Tageszeitung“, ab 3. Oktober 1990 „Märkische Allgemeine“. Bezirksleitung Potsdam) |
| ND | Neues Deutschland |

| | |
|-------|---|
| NDPD | Nationaldemokratische Partei Deutschlands |
| NSW | Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet |
| NVA | Nationale Volksarmee |
| OA | Ortsausschuss |
| OPO | Ortsparteiorganisation |
| PV | Parteivorstand |
| SDP | Sozialdemokratische Partei |
| SED | Sozialistische Einheitspartei Deutschlands |
| SERO | Sekundärrohstoffeffassung |
| SU | Sowjetunion |
| USPD | Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| VdN | Verfolgter des Naziregimes |
| VEB | Volkseigener Betrieb |
| VK | Volkskammer |
| WBA | Wohnbezirksausschuss (der Nationalen Front) |
| WF | Werk für Fernsehelektronik Berlin |
| WPO | Wohnparteiorganisation |
| WPO/B | Wohnparteiorganisation/Betrieb |
| ZK | Zentralkomitee |

Zeitzeugenberichte

Kerstin Bednarsky

Aus einem Interview vom 19. November 2002, Teil 3

Frage: Wie hast du dann emotional diesen Übergang von der DDR zur BRD wahrgenommen? Wie hast du das verkraftet? Wie hast du reagiert?

Bednarsky: Durch die Abgeordnetentätigkeit in der ersten freigewählten Volkskammer ergab es sich, dass wir den ganzen Prozess der Wiedervereinigung parlamentarisch mitgestalten mussten. Es gab den Entwurf des Einigungsvertrages, den wir in Fachgruppen diskutierten. Bei allem, was meine Strecke betraf, Soziales, Behinderte, Frauen, erhielt man schon einen Eindruck davon, was uns bevorstehen würde. Ich habe noch den Satz in Erinnerung, dass der Vertrag kein einklagbares Völkerrecht ist. Auch unsere Juristen machten uns klar, dass es eine reine Übernahme werden wird und wir als DDR-Bürger kaum noch große Rechte haben würden.

Ich kann mich auch an bestimmte Situationen erinnern. Die rechte Partei, die DSU, die in der Volkskammer saß, wollte die Vereinigung möglichst schnell, auch ohne Einigungsvertrag durchsetzen. Es gab von ihren Abgeordneten mehrere Anträge, die Einheit vorzuziehen. Nicht zum 3. Oktober, sondern bereits im Juni, wie sie das, soweit ich mich erinnern kann, in ihrem ersten Antrag forderten. Sie wollten das ad hoc machen, innerhalb von ein paar Minuten sollte das erledigt sein, Beitritt und ohne jegliches Wenn und Aber. Wir haben dann aber noch viele Auszeiten in Anspruch genommen, um Fraktionsberatungen durchzuführen, und waren am Ende ganz schön fertig.

Es sind viele Tränen geflossen, aber der Zusammenhalt in der Fraktion war unbeschreiblich gut.

Wir haben zusammen geweint und gelacht. Wir sind am Abend, wenn wir die Nase so richtig voll hatten, in die Kneipe gegangen, wie man so schön sagt. Wir haben geschimpft, gemekelt und geheult, das Zusammengehörigkeitsgefühl war toll. Es war eine sehr emotionale und bewegende Zeit.

Zum Staatsakt zur Wiedervereinigung mit Frau Bergmann-Pohl, de Maizière und den bundesrepublikanischen Vertretern mit Kohl haben wir als Abgeordnete eine Einladung erhalten.

Da haben wir uns noch einen Gag ausgedacht, der dann unser Markenzeichen als Fraktion wurde. Wir haben alle rote Blusen angehabt und die Männer rote Hemden und rote Socken.

Wir sind zu dieser „Feierstunde“ gegangen, na ja, aus Pflichtbewusstsein.

Ich habe mich danach in meinen Zug gesetzt und bin nach Hause gefahren. Aber ich kann nicht mehr sagen, wie ich zu Hause angekommen bin. Ich weiß nur noch, dass ich dann vorm Fernseher gesessen habe. Mein Mann hatte, glaube ich Dienst, der war damals und ist auch heute noch bei der Polizei.

Frage: Hast du die Möglichkeit gehabt, den Vertrag mit zu gestalten?

Bednarsky: Gestalten ist das falsche Wort. Wir haben diskutiert, so ist das vielleicht besser. Gestalten eher nicht. Wir haben mitdiskutiert, und schon allein bei diesen Diskussionen hast du gemerkt, dass die anderen überhaupt kein Interesse daran hatten, irgendetwas mit rüber-

zunehmen in die deutsche Einheit. Es war dann doch schon dieser Schnitt, die DDR war weg. Du wusstest eigentlich, was auf dich zukommt, vielleicht auch noch nicht in dem Ausmaß, wie wir es jetzt erleben. Es gibt auch vieles Positives. Aber in diesem Moment war es wirklich wie ein Sterben. Westgeld, Bananen, Apfelsinen haben in diesem Moment überhaupt nicht interessiert. Der soziale Wegbruch und was da auf uns zukommt, haben wir ja miterlebt. Es wusste ja dann eigentlich auch niemand so richtig, was kommt nun, wie geht es weiter. Und dieses Gefühl, dieses so mitten drinnen zu sein, nichts mehr auf der einen Seite zu haben und nicht so richtig zu wissen, was auf dich zukommt, das war schon ein ganz schöner Einschnitt.

Frage: Wie hast du die Länderbildung mit vorbereitet, mitgestaltet, und wie war dann dein Eintritt in den Landtag, der ja doch eine ganz andere Qualität hatte im Vergleich zu den Vertretungen zu DDR-Zeiten?

Bednarsky: Die Länderbildung war ein Beschluss der Volkskammer. So richtige Vorstellungen, wie das funktionieren sollte, hatte ich damals nicht.

Was dann den Landtag als solchen anbelangt, war es dann so, dass ich mit Heinz Vietze gesprochen und mich angeboten hatte, für den Landtag zu kandidieren und auf den Politikfeldern zu arbeiten, die ich schon in der Volkskammer, in der ersten frei gewählten, mitgestaltet hatte. Wir wurden als Kandidaten aufgestellt und über die Landesliste gewählt.

Auf der ersten Landtagssitzung gab es dann den Beschluss zur Länderbildung. Es gab den Auftrag, eine Verfassung mitzugestalten, Bürgerentscheide durchzuführen, alles das, was bekannt ist. Ein großer Unterschied war die ganze parlamentarische Arbeit. Ein bisschen hat man ja schon in der ersten frei gewählten Volkskammer üben können. Umgang mit Demokratie, Anerkennung der Mehrheitsverhältnisse, die Funktion einer Oppositionspartei einzunehmen, dies alles waren schon Lernprozesse. Von Anfang waren wir bestrebt, eine konstruktive Opposition zu sein. Das hat auch wesentlich zu meiner Entwicklung beigetragen. Bürgerinteressen sollten vor Parteieninteressen stehen. Wir wurden mit einem Auftrag der Bürgerinnen und Bürger in den Landtag gewählt.

Ein Problem habe ich immer noch, wenn gesagt wird, ich bin nur meinem Gewissen verpflichtet. Das sehe ich nicht so. Natürlich muss man alles, worüber man entscheidet, wofür man seinen Arm hebt oder auch nicht hebt, genau abwägen. Am besten ist natürlich die Variante, wenn die Bürgerinteressen mit den Parteieninteressen in Einklang stehen. Man sollte immer im Hinterkopf haben, dass man von einer Partei aufgestellt worden ist, in unserem Fall von der PDS. Es gibt ihr Wahlprogramm, ihr Parteiprogramm. Das Wahlprogramm ist ja nichts von den Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürgern Losgelöstes, die man in dem jeweiligen Gremium zu vertreten hat. Ich denke, dass es ein Lernprozess war, was die bürgerliche Demokratie anbelangt. Diese ist reformbedürftig, aber es ist ein Unterschied zum Demokratieverständnis in der DDR. [...]

*Kerstin Bednarsky war von 1990 bis 2004
Abgeordnete des Brandenburger Landtages*

Hans-Jürgen Akuloff

Aus einem Interview vom 23. und 27. Oktober 2004, Teil 2

[...] Interessant ist es schon, wenn man sich ansieht, was aus den Persönlichkeiten wurde, die eine Rolle in den Auseinandersetzungen auf der Straße spielten, die die Menschen mit vielen falschen Losungen aufwiegelten und Anlass zur Unzufriedenheit gaben. Vom Straßenprotest vollzog ihr Übergang zur gesellschaftlichen Mitwirkung an Runden Tischen, wo sie eine ganze Reihe vor Vorstellungen zur Entwicklung der Stadt einbrachten. Nach der Auflösung des Runden Tisches und den ersten Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung wollten sie ihre Forderungen umsetzen, die sich grundsätzlich gegen die bis dahin abgelaufene Entwicklung richteten. Alle waren in einer Funktion vertreten - die neu ernannten führenden Köpfe der SPD - angefangen vom Bürgermeister bis zur Beigeordneten. Die Mitglieder anderer Parteien hatten eine Aufgabe, eine Wahlfunktion zu erfüllen. Man kann sagen, die erste Legislaturperiode war die Widerspiegelung der Gestalter des politischen Protestes. In der zweiten Wahlperiode waren sie, bis auf wenige Ausnahmen nicht mehr vorhanden. Das zeigt, dass die Programmatik zur gesellschaftlichen Umgestaltung sehr dünn theoretisch untersetzt war. Es gab für wesentliche Entwicklungsfragen nur die Reaktion auf den Ist-Zustand, Veränderungsmöglichkeiten wurden nicht aufgezeigt. Das zeigte sich auch im politischen Handeln nach dem Runden Tisch, als es darauf ankam, in Funktionen tätig zu sein und die Stadt auf das entsprechende Forderungsniveau des zurückliegenden Jahres zu bringen. Hier rettete man sich mit vielen Ausflüchten, dass man in relativ kurzer Zeit nicht Jahrzehnte der SED-Herrschaft umorganisieren kann. In Wirklichkeit war das die vorgeschobene Ausrede, weil einfach das handwerkliche Können fehlte, bestimmte wirtschaftliche Prozesse zu leiten, kommunalpolitisch zu agieren.

Da waren Dinge, die man dann versucht hat, mit Hilfestellungen aus Nordrhein-Westfalen zu kompensieren. Aber selbst die Beamten aus Nordrhein-Westfalen konnten, trotz vieler Hilfestellungen, trotz abgeschriebener Ratsbeschlüsse, die nachweislich nur durch Austausch der Städtenamen entstanden sind, einfach damit nicht den Kontakt zur Bevölkerung finden. Weil, es war eine fremde Welt, die plötzlich Politik machte. Diese Politik blieb auch deshalb in der ersten Zeit unverstanden, weil den Menschen einfach der Übergang der Probleme nicht klar gemacht wurde. Für alles das, was neu war, bestand Interesse, besonders im konsumtiven Bereich, aber das Konsumverhalten der Menschen war nicht der Gradmesser für das, was man politisch wollte. Denn schnell wurde klar, dass es Konzepte gibt zur Veränderung der Kinderbetreuung, beispielsweise zur Gestaltung des Schulwesens, zu Fragen, die den Alltag der Menschen unmittelbar betrafen.

Man kann an den Wahlergebnissen der einzelnen Parteien nachvollziehen, ob es vertrauensbildend war, was politisch erarbeitet wurde oder ob es sich gegenteilig entwickelt hat.

Auf der Ebene einer Stadt ist der Maßstab, der an diejenigen angelegt wird, die verantwortlich Politik machen, ein sehr hoher. Man kennt sich in einer Stadt mit 25 Tausend Einwohnern, auch wenn sie ständig schrumpft, hat immer den persönlichen Bezug zu bekannten Gesichtern.

Man hat auch immer den kritischen Blick dafür, was die Person schon mal woanders geleistet hat oder wie sie mit der Geschichte der Stadt verwurzelt sind oder nicht.

Der damals gewählte SPD-Bürgermeister wurde nach zwei Legislaturen abgewählt. Es wurde eine Neuorganisation der Stadtverwaltung vorgenommen mit einem ehemaligen SED-Mitglied, der als Parteiloser diese Aufgabe übernahm. In der Zeit seiner kommunalpolitischen Verantwortung veränderte sich vieles in Luckenwalde. Er scheiterte letztlich daran, dass nachdem verschiedene Versuche kommunalpolitischer Umgestaltung misslangen, die Forderungen der Menschen größer wurden nach mehr Öffentlichkeit, nach einer Stadt, die transparenter sein sollte als nach einer Stadt, die bürokratisch gestaltet wird. Veränderungen in der persönlichen Wahrnehmung von Verantwortung machten sich notwendig...

Bestanden die Aufgaben der Parteiorganisation in dieser Phase vorwiegend nicht in der theoretischen Diskussion der vorgelegten Dokumente, sondern es war hier die Frage zu entscheiden – ist diese Partei gesellschaftlich notwendig, wird diese Partei von einer Mehrheit der ehemaligen Mitglieder der SED getragen und wird diese Partei auch in der Lage sein, den gesellschaftlichen Fortschritt, den gesellschaftliche Aufbau zu gestalten. Wird sie das Vertrauen haben, dass sie überhaupt aktionsfähig ist. Ich kann mich an die ersten Kommunalwahlen erinnern, wo in der Stadt Luckenwalde die PDS ein Ergebnis zwischen 12 und 13 % hatte. Da war die Frage, wie setzt man diese Ergebnisse personell um, wie wird daraus eine aktionsfähige Parteipolitik über die Kommune organisiert. Das Parteileben vollzog sich zu diesem Zeitpunkt in den Bereichen der kleineren Struktureinheiten. Die Hauptform der Auseinandersetzung war das politische Gespräch in der Parteigruppe, in kleinen Wohngebieten, im Wohnkollektiv. In dem Zusammenhang hat die Frage der Auseinandersetzung zum Statut, welches Statut gibt sich diese Partei, eine große Rolle gespielt.

Ich kann mich an Diskussionen erinnern, auch mit jüngeren Leuten, die damals, es hatte zumindest den Anschein, als erste zu dieser Partei Zutrauen gefunden hatten, die Frage stellen, ist es denn in dieser Partei so wie in der alten, dass man behauptet, die Partei hat immer recht. Kann eine Partei überhaupt diesen Anspruch für sich geltend machen, sie habe immer Recht oder ist diese PDS als neu gegründete Partei dabei, alles das abzuschütteln, alles das liegen zu lassen, was einer progressiven Parteientwicklung schädlich und hinderlich ist. Es standen statuarische Forderungen zum Verhalten des Einzelnen in der Partei im Mittelpunkt. Größere Auseinandersetzungen gab es immer dann, wenn vorschnelle Reaktionen und Aktionen übernommen wurden, die eigentlich in anderen Parteien üblich sind und wir nicht sofort in der Lage waren, Positives und Negatives auseinander zu halten. Ich meine solche Fragen wie Mitgliedschaft in bestimmten Funktionen, also die Begrenztheit der Funktionsausübung in Lebensjahr, die Begrenztheit nach Wahlperioden. Alles das waren Dinge, die waren für uns relativ neu. In der Auseinandersetzung zeigte sich hierzu eine große Aufgeschlossenheit Es gab die Wunschvorstellung von einem statuarischen Sicherheitskonzept, sage ich mal, dafür, dass Fehler, die in der Vergangenheit gemacht wurden, nicht wieder vorkamen. Wir alle hatten doch noch ein „Herrschaftsdenken“ aus der alten Zeit, obwohl wir unter völlig anderen Bedingungen arbeiteten.

Ins Leben zurück gebracht haben uns die Stadtverordnetenversammlung oder so, wo wir uns in der ersten Zeit fast Hand in Hand in den Sitzungssaal begeben haben, weil wir solchen Anfeindungen ausgesetzt waren und es Buh-Rufe und so etwas alles noch gab. Das war alles in der Situation der Zeit, wo wir auf der einen Seite nach außen wirksam sein mussten als Partei, dort eine große Ausstrahlung bezogen auf Veränderungsfähigkeit darstellen wollten.

Auf der anderen Seite natürlich im Innern wussten, welchen komplizierten Auseinandersetzungen wir uns eigentlich stellen. ...

Aus dieser Sicht war unsere Diskussion zum Statut immer darauf gerichtet, Voraussetzungen zu schaffen, dass der Einzelne in seiner Parteizugehörigkeit ein größeres Maß an individueller Gestaltungskraft behalten muss. Das heißt also, es für ihn als Parteimitglied möglich sein sollte, mit Meinungen aufzutreten, die der Entwicklung geschuldet sind und deshalb nicht als falsch eingestuft werden sollten, weil möglicherweise andere Erfahrungen auf diesem Gebiet vorhanden sind. Also mit anderen Worten, die Suche nach der Wahrheit sollte für alle offen sein und es sollte niemand von sich behaupten, er habe die Voraussetzung dafür schon längst geschaffen.

Im Kreis Luckenwalde war die Diskussionsphase davon gekennzeichnet, die Großbetriebe in viele kleine Produktionsbereiche zerfielen, die mehr oder weniger ihre Produktion Schritt für Schritt abbauten und somit die Basis für die Organisiertheit der Mitglieder überhaupt nicht mehr vorhanden war. Das mit Möglichkeiten anderer Organisationsformen aufzufangen, war für uns eine völlig neue Aufgabe. Wir kannten eine solche Situation gar nicht, die Organisation auf der Grundlage von Basisorganisationen aus Wohngebieten und Betrieben oder Wohngebieten und Handelsbetrieben. Wir hatten Basisorganisationen, in denen überwiegend nur Frauen des Handels Mitglied waren. Das waren alles Dinge, die in dieser Zeit neu organisiert werden mussten. Man muss nochmals sagen, dass wir zu dieser Zeit eben bloß zwei Hauptamtliche waren...

Dazu zählten u.a. auch Zusammenkünfte in den Bereichen der sogenannten bewaffneten Organe, denn auch hier war es erforderlich, mit den Ergebnissen der gesellschaftlichen Umgestaltung so umzugehen, dass die Dienstausbübung unter den Voraussetzungen sowohl der kritischen Monate und Jahre als auch des sogenannten Neubeginns sichtbar wurden. Wir hatten keine Veranlassung, dort als führende politische Kraft in Erscheinung zu treten. Aber wir hatten nicht nur gegenüber den bewaffneten Organen, sondern auch gegenüber anderen die Pflicht, als Mitglieder der PDS so aufzutreten, dass dieser gesellschaftliche Wandel sozusagen kein Wandel in einen Endpunkt war, sondern ein Wandel in einen neuen Anfang. Da hatten viele Genossinnen und Genossen Fragen bezüglich ihrer bisherigen politischen Organisiertheit, ihrer Tätigkeit, auch bei Lehrern, Staatsbürgerkunde-Lehrern beispielsweise. Wir organisierten eine ganze Reihe von Gesprächen mit dem Personenkreis, wo vorher ein überwiegendes gesellschaftliches Engagement nach außen, ich nenne es einmal so, erforderlich war, wo man sich bekennen musste oder bekannt hat, ob das immer bis zur letzten, innersten Faser war, will ich jetzt mal noch in Frage stellen. Aber es war eben so, dass Menschen, die mit dieser Gesellschaft besonders zu tun hatten, auch in dieser Zeit ihre Fragen beantwortet haben wollten. Über verschiedenste Gesprächsformen hatten wir als Geschäftsstelle der PDS eingeladen. Wir haben in den Wohngebieten Versammlungen durchgeführt, um all das, was an Fragestellungen blieb, wie geht es weiter, auch in der inhaltlichen Struktur der Partei, beantworten zu können. Immer mit dem Ziel, zu einem Parteiprogramm zu kommen, in dem sich möglichst viele mit ihren Aktivitäten wiederfinden, zu einem Parteiprogramm, was realistisch erscheint für die politischen Tagesfragen, Antwort geben muss für die längere Periode der Umgestaltung und Antworten auf Fragen geben sollte auf den gesellschaftlichen Wandel überhaupt. Denn die Globalisierung begann zu dieser Zeit bzw. hatte schon konkrete

Ergebnisse.

Mit dem Globalisierungsprozess insgesamt, mit dem Wegfall des Kalten Krieges gab es völlig neue Voraussetzungen auf wirtschaftlichem Gebiet. Zumindest in der Zielfunktion der Wirtschaft gab es andere Möglichkeiten, die Produktion zu organisieren. Das war für viele Mitglieder, die sich besonders mit der sozialistischen Wirtschaftspolitik befasst hatten, Neuland in dem Sinne, dass man nach Organisationsformen suchen musste, in denen sich diese wirtschaftliche Tätigkeit umsetzen sollte. Wir haben nur eines gemerkt, dass immer mehr Betriebe abgebaut wurden, es mit den Treuhand-Beschlüssen, die dann später folgten, eigentlich kein Konzept des Wiederaufbaus oder der Ingangsetzung der vorhandenen Kapazitäten gab, sondern die Zielstellung deutlich wurde, dass die materielle Basis für die Entwicklung der Wirtschaft im Osten letztlich aus Konkurrenzgründen „weg verwaltet“ werden sollte. Insofern war es keine „Treuhand“- Funktion, sondern es war eigentlich eine, die zur Stärkung der Gegenseite beigetragen hat. Von diesem Gesichtspunkt aus wollte man im Parteiprogramm gewisse Erkenntnisse festgeschrieben haben, wie man solchen Prozessen entgegen tritt. Denn keiner wollte so recht einsehen, dass man das ein zweites Mal erleben sollte, viele ältere Genossen haben es ein zweites Mal erlebt. Das eine waren die Kriegsauswirkungen, das andere waren jetzt sozusagen die Enteignungen auf staatspolitischem Wege. Niemand von der Generation wollte einsehen, dass man so einfach Folge leistet, was wieder neues Potenzial schuf.

Die inhaltliche Seite des Wahlkampfes zu den dann notwendigen Wahlen – zu den Kommunalwahlen habe ich schon kurz meine Meinung geäußert, und zur Volkskammer bestand natürlich in erster Linie darin, soviel wie möglich von der DDR zu erhalten. Das im Sinne von Tradition, im Sinne von wirklich erarbeiteten Errungenschaften, die letztlich der Masse der Bevölkerung zugute kamen, und nicht in den Fehler zu verfallen, alles, was mit der DDR zu tun hat, ist nicht entwicklungsfähig oder irgendwo nicht mehr erforderlich.

Es wurde zunehmend deutlich, dass die Ziele der Kommunalwahlen und der Volkskammerwahlen darin bestanden, die Menschen zu politisieren, sie erst einmal für bestimmte Parteien zu gewinnen und schließlich die DDR abzuschaffen. Zugleich war es aber Ziel, DDR-Errungenschaften zu erhalten. Das war eigentlich ein Widerspruch. In diesem Widerspruchsfeld hatte die PDS eine Aufgabe in der Auseinandersetzung und der deutlichen Darstellung dessen, was an Ergebnissen eigentlich vorliegt. In der Hoffnung, eine gerechte Verteilungsform zu finden zwischen dem, was noch da war und in das andere ... war natürlich auch die Tagesaufgabe für die Partei, die ständig in den Betrieben diese Auseinandersetzung führte. Es wirkte sich, man muss das mal ehrlich sagen, nachteilig aus, dass durch die Auflösung von Parteiorganisationen es nicht oder schwer möglich war, inhaltliche Ziele von der Geschäftsstelle des Kreises bis zu jeder Basisorganisation zu tragen. Es gab dazu im Vorstand entsprechende Festlegungen. Es gab Organisationsformen, die auf die neue Situation einstellten. Nur muss man dennoch sagen, dass man besonders die Arbeit in den Wohngebieten zu dieser Zeit kaum wirksam organisieren konnte. Aus der Erfahrung in unserem Kreis kann man das so feststellen. Wir haben uns im wesentlichen damit beschäftigt, wie kann man in den gewählten Parlamenten wirksam werden. Das haben wir als Hauptform der damaligen Öffentlichkeitsarbeit der PDS so gesehen und haben über die verschiedensten Formen versucht, den Parteieinfluss zu organisieren.

Es war die Frage der ständigen Auseinandersetzung der PDS mit dem Altvermögen. Es stand die Frage der Übergabe von irgendwelchen angeblichen Guthaben und ähnlichem. Wir haben versucht, sehr offensiv das, was an Parteivermögen äußerlich sichtbar war, an den Staat zurück zu geben. Das traf zu auf das erwähnte Gebäude der Kreisleitung. Das traf zu auf eine Freizeiteinrichtung in der Nähe von Dobrikow, die gemeinsam von Mitgliedern der SED und PDS aufgebaut wurde, die dann der Nutzung der Gemeinde zugeführt wurde. So dass wir eigentlich recht schnell, zumindest im Kreis Klarheit hatten über vorhandenes Vermögen oder über zurück gegebene Vermögenswerte. So konnte uns niemand den Vorwurf machen, hier bunkert die PDS noch irgendwelche werthaltigen Gegenstände oder Errungenschaften, die irgendwo aus dubioser Entstehungsgeschichte möglicherweise vorhanden sind.

Wir haben in der deutlichen Abgrenzung von den damals regierenden Parteien die ersten Stadtverordnetenversammlungen und auch den Kreistag gestaltet. Der Kreistag hatte unter Leitung der CDU eine Situation vorgefunden, dass wir hier eine zahlenmäßig kleine Rolle spielten. Wir waren damals im Kreistag sechs Mitglieder und haben versucht, bei dieser übermächtigen Zahl von SPD und CDU durch unser Auftreten, mit unserer Meinungsäußerung zu bestimmten Entwicklungsfragen entsprechend um Menschen, bei den Wählerinnen und Wählern zu werben. Es wurde sehr schnell deutlich, dass diese Gremien politisch genutzt wurden, um Machtstrukturen zu festigen, um entsprechende Beschlüsse der Regierung umzusetzen, die nicht nur auf Verständnis gestoßen sind und vor allem dazu beitragen, dass die Auseinandersetzungen zwischen den Menschen auf dem Lande und in der Stadt in dieser Zeit sogar noch zunahmen.

*Hans-Jürgen Akuloff war von Dezember 1987
bis Ende 1989 Sekretär der SED Kreisleitung
und von Anfang 1990 bis Anfang 1992 Vorsitzender
des Kreisvorstandes der PDS Luckenwalde*

Dokumente

Dokument 1

Beschluss der 1. Bezirkskonferenz der PDS Potsdam vom 11. Februar 1990 zur Einberufung der 1. Landeskonferenz der PDS Brandenburg⁹

Die Delegierten der 1. Bezirkskonferenz der PDS Potsdam beschließen die Einberufung der 1. Landeskonferenz der PDS Brandenburg für den 31. März 1990 nach Potsdam.¹⁰ Sie bestätigen als Teilnehmer dieser Landeskonferenz den neugewählten Bezirksvorstand der PDS Potsdam. Das Präsidium des Bezirksvorstandes der PDS Potsdam wird beauftragt, die Konferenz in Zusammenarbeit mit den Präsidien der Bezirksvorstände der PDS Cottbus und Frankfurt (Oder) vorzubereiten. Ziel dieser Konferenz ist es, die Gründung des Landesverbandes Brandenburg der PDS vorzubereiten. Dazu wird der Landeskonferenz empfohlen, einen Koordinierungsrat, bestehend aus jeweils drei Mitgliedern der Bezirksvorstände zu bilden.

Dokument 2

Entwurf eines Standpunktes der Landeskonferenz der PDS¹¹ (Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder), Cottbus) zur Länderbildung (Auszug)¹²

[...] Politische Grundposition zur Länderbildung

Als Konsequenz der im Oktober 1989 eingeleiteten politischen Wende in unserem Land sprechen sich die drei Bezirksvorstände für eine Verwaltungsreform mit der Bildung von Ländern aus.

Wir treten ein für eine rasche, aber zugleich gut durchdachte, den Interessen der Bevölkerung weitgehend entsprechende Bildung von Ländern in der DDR, unter Berücksichtigung der in den letzten Jahrzehnten gewachsenen Bedingungen. Grundsätzliche Vorteile sehen wir darin, dass Landesparlamente und Landesregierungen auf die Spezifik der gesellschaftlichen Probleme im Territorium und auf viele Interessen der Bürger besser eingehen können als eine Zentralregierung. Zugleich knüpft die Länderbildung an historisch Gewachsenes an. Dem Bedürfnis nach Identifizierung vieler Bürger mit einem bestimmten Land, mit einer bestimmten Landschaft, mit bestimmten historischen Wurzeln wird damit weitgehend entsprochen. Die Rechte und Interessen der sorbischen Bevölkerung sollten in einem Nationalitätengesetz durch die Volkskammer gesichert werden.

Mit der Länderbildung werden bestehende Strukturen zerschlagen und günstige staatsorganisatorische Voraussetzungen für das Zusammenwachsen bzw. die Vereinigung beider deutscher Staaten, eingebettet in den europäischen Einigungsprozess, geschaffen.

Das Prinzip der Selbstverwaltung der Kommunen im Gegensatz zum ehemaligen staatlichen Zentralismus muss im Rahmen der Verwaltungsreform das tragende Prinzip sein.

Im Hinblick auf den deutschen und europäischen Vereinigungsprozess sollten in der DDR wirtschaftlich starke Länder entstehen, die im nationalen föderalistischen Verbund und in der internationalen Gemeinschaft als kraftvoller Partner zur Durchsetzung der Interessen der Bürger auftreten.

Mit der Länderbildung erwarten wir eine reale Senkung des Verwaltungsaufwandes. Wir betonen den Standpunkt, dass die Interessen der Bevölkerung oberste Priorität haben und wenden uns deshalb gegen jedwede administrative Entscheidungen in Bezug auf die Länderbildung und für eine souveräne Entscheidung des Volkes in Form der Volksbefragung bzw. Bürgerentscheidung.

... Varianten

Bezogen auf diese Grundüberlegungen sehen wir vor allem folgende Varianten für eine Länderbildung in der DDR:

Variante 1:

Bildung des Landes Brandenburg aus den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus in den Grenzen von 1950. ...

Variante 2:

Bildung des Landes Berlin-Brandenburg aus den drei Bezirken und der Hauptstadt der DDR, Berlin, sowie später mit Westberlin ...

Variante 3:

Bildung des Landes Brandenburg aus den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus (oder Teilen des Bezirkes) und Magdeburg ...

Variante 4:

Bildung des Landes Berlin – Brandenburg aus den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder), Cottbus (oder Teilen des Bezirkes), Magdeburg und Berlin sowie später Westberlin. ...

Generell ist zu beachten, dass bei der Bildung der Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus im Jahre 1952 Gebiete an andere Bezirke abgegeben wurden (290 Gemeinden), die historisch zur Mark Brandenburg gehörten, und Gebiete in diese Bezirke Aufnahme fanden (325 Gemeinden), die vor 1952 zu Sachsen oder Sachsen-Anhalt gehörten.

Dadurch und durch den Wunsch der sorbischen Bevölkerungsteile des Bezirkes Cottbus zur Eingliederung in das Land Sachsen entsteht hier eine große politische und wirtschaftliche Instabilität und eventuell das Problem der Teilung des Bezirkes und des Verlustes der Kohle- und Energiebasis für das Land Brandenburg.

Diese Fragen sollten nach Möglichkeit in den betroffenen Gebieten durch Bürgerentscheide geklärt werden. Dabei sollte unbedingt gesichert werden, dass es nicht zur Bildung von Exklaven kommt [...]

Dokument 3

Auszug aus dem Referat Heinz Vietzes auf der 2. Bezirksdelegiertenkonferenz Potsdam der PDS am 26. Mai 1990¹³

[...] Seit der 1. Bezirksdelegiertenkonferenz der PDS in unserem Bezirk sind gerade 100 Tage vergangen...

Zwei großen Herausforderungen hatten wir seitdem zu entsprechen, zum einen ging es um die konsequente Fortsetzung der inhaltlichen und organisatorischen Neuprofilierung unserer Partei und zum anderen galt es, diesen Erneuerungsprozess öffentlichkeitswirksam so transparent zu machen, dass in zwei kurz aufeinanderfolgenden Wahlen möglichst viele Wähler uns ihre Stimme geben. Das wohl wichtigste Ergebnis der hinter uns liegenden Arbeitsperiode

ist deshalb sicherlich, dass trotz aller Anfeindungen, Verleumdungen, Erscheinungen des individuellen Terrors, der inneren Zerrissenheit in der Partei es nicht gelang, die PDS kaputt zu machen, sondern dass erreicht wurde, dass fast 2 Millionen Bürger unserer Partei Politik- und Erneuerungsfähigkeit bescheinigten. Die erreichten Ergebnisse bei der Volkskammer- und Kommunalwahl sind Ausdruck des Machbaren, Bestätigung für das Engagement und die fleißige Arbeit vieler Genossen...

Ich möchte unseren Standpunkt zu sieben Aufgaben sagen, von deren Lösung wesentlich der Erfolg der glaubhaften Erneuerung unserer Partei abhängen wird:

Erstens sind wir der Auffassung, dass ein neuer qualitativer Schritt zur Erneuerung unserer Partei in Bezug auf die Zukunftsorientierung und die Vergangenheitsbewältigung notwendig ist. Mit Blick auf die im September stattfindende Erneuerungskonferenz¹⁴ muss es uns gelingen, den Prozess der Bestimmung des Selbstverständnisses unserer Partei und die Entwicklung zu einer modernen sozialistischen Partei fortzuführen und gegenüber der demokratischen Öffentlichkeit transparent zu machen.

- Welchen Platz wird die PDS in der Gesellschaft in einem neuen Deutschland haben?
- Wie wird es ihr gelingen, stalinistisches Parteiverständnis so aufzuarbeiten, dass neue Vorstellungen zur Verwirklichung der sozialistischen Ideale von den Mitgliedern und den Wählern akzeptiert werden?
- Wie wird die PDS ihre Zusammenarbeit mit demokratischen Kräften organisieren und in ihrer Selbstbestimmung links von der Sozialdemokratie ein überzeugendes, auf konsequente Reformen ausgerichtetes Politikangebot für den Wähler akzeptabel gestalten?

Die Aufarbeitung der 40jährigen DDR-Geschichte und der Rolle der SED als der staatstragenden Partei ist besonders dringlich...

Viele Mitglieder, ich gehöre dazu, befinden sich im Spannungsfeld gegenseitiger Ansprüche zwischen Basis und Leitung und dem ungeduldigen Anmahnen bezüglich nicht ausreichender Erneuerung.

Es ist eine wenig hilfreiche Selbstberuhigung, wenn die Forderung nach Erneuerung nur mit Blick auf andere verbunden wird, dabei aber der eigenen, unangenehmen Erneuerungsarbeit aus dem Wege gegangen wird.

In der Gewissheit, dass viele in ihrem bisherigen politischen Leben angesichts des autoritären Geführtseins und einer vermeintlich bruchlosen Kontinuität vom Niederen zum Höheren Schwierigkeiten haben, das Ausmaß und die Tiefe des jetzigen gesellschaftlichen Umbruchs nüchtern zu erkennen und in einem Augenblick des Zusammenbruchs Ausschau halten nach Orientierung und Hilfe von außen, vor allem von oben, um so schnell das innere Ungleichgewicht zu überwinden... Zukunftsarbeit ist ohne Vergangenheitsarbeit nicht zu leisten...

Partei als politische und geistige Heimat hat einen neuen Sinn. Diesen neuen Sinn müssen wir ihr aber alle geben. Dafür ist jeder verantwortlich – bei der Aufarbeitung der Vergangenheit, bei der Suche nach Alternativen, ob es um Persönliches oder Gemeinschaftliches geht. Der moralischen Kritik muss die wissenschaftliche folgen. Die moralische Verurteilung der Verantwortlichen – die vollzogene personelle Erneuerung – hat nur den ersten Druck von uns genommen. Jetzt müssen wir die Elemente des Sozialismus-Versuchs herausarbeiten und ihre historisch bedingten Deformationen aufhellen.

Ist wirklich schon begriffen, dass es nicht darum gehen kann, unter neuem Namen von der

ungeliebten, aber auch so vertrauten, uns prägenden Partei soviel als möglich (mit Ausnahme der Funktionäre) hinüber zu retten.

Sondern vielmehr darum geht, Sinn und Existenzberechtigung dieser Organisation überhaupt in Frage zu stellen.

Wir fürchten die Vergangenheitsbewältigung nicht, im Gegenteil, sie wird uns stärken.

Ungerecht ist höchstens, dass wir sie politisch für Karrieristen und Opportunisten mit zu bewältigen haben, die niemand mehr fragt, weil sie aus der Partei ausgetreten sind, deren Austritte ... hat die Erneuerung unserer Partei beschleunigt. Das schließt ein, dass wir alle in der Öffentlichkeit auch klarstellen müssen, dass wir für das Verhalten ausgetretener Mitglieder nicht verantwortlich sind...

Zweitens. Im Interesse der konsequenten Fortführung des Erneuerungsprozesses der Partei ist ein bedeutend höheres Maß an Klarheit über den Sinn und Zweck, das politische Grundprofil und die Perspektiven der PDS zu schaffen.

Ein dringendes Erfordernis ist vor allem die intensivere Beschäftigung mit dem Programm und Statut unserer Partei sowie den theoretischen Grundlagen...

Der „reale Sozialismus“ scheiterte, weil es ihm nicht gelang, alles Fortschrittliche der bisherigen Menschheitsgeschichte in sich aufzunehmen und weiter zu entwickeln. Das wurde zwar betont, aber in Bezug auf den Ware-Geld-Bereich, auf Individualität, auf Rechtsstaatlichkeit, auf Entfaltung und Ausgleich der Interessenvielfalt, auf Demokratie und anderes mehr nicht gesichert.

Maßstab des Fortschritts ist letzten Endes die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit im Kontext mit Gesellschaft, Menschheit und Natur. In Bezug auf ihre Wertvorstellungen unterscheidet sich unsere Partei wenig von anderen politischen Parteien, wohl aber über deren Inhalt und deren Realisierungswege. Wir stehen deshalb vor der anspruchsvollen Aufgabe, und das sollten wir nicht nur den Wissenschaftlern überlassen, den Gesamtentwurf einer neuen, demokratischen, sozialistischen Gesellschaft zu zeichnen. In diesem Zusammenhang haben wir es mit der nüchternen Tatsache zu tun, dass mit dem Scheitern des stalinistisch geprägten „realen Sozialismus“ die angestrebte Alternative zum kapitalistischen System gescheitert ist ...

Das ist für die Generation, die diesen Versuch gewagt und dafür gelebt hat, das ist für die Sozialisten tragisch. Aus dieser Tragik hilft uns keine nachträgliche Idealisierung der vergangenen Verhältnisse, ebenso wenig der Versuch, davon etwas zu bewahren ...

Der Zusammenbruch der DDR, man muss es umfassender sagen, des sozialistischen Staatensystems, ist Ausdruck der Unfähigkeit, den Sozialismus mit demokratischen Mitteln zu gestalten.

Das Scheitern des „realen Sozialismus“ ist jedoch nicht gleichzusetzen mit dem Beweis, dass der Kapitalismus, die bürgerliche Gesellschaft, der Endpunkt des gesellschaftlichen Fortschritts ist ...

Per Staatsvertrag werden nunmehr zwar reformierte, aber dennoch kapitalistische Produktionsverhältnisse Realität. Es wird Aufgabe der Linken sein, für die denkbar demokratischste, ökologischste, sozialste und humanistischste Lösung innerhalb dieser Verhältnisse zu streiten und gleichzeitig Kriterien künftiger Gesellschaftsstrukturen zu entwickeln. ...

Damit verbindet sich die Schlussfolgerung, dass wir die möglichen Folgen und Begleiterscheinungen

nungen der Vereinigung thematisieren müssen, um davon ausgehend keine Katastrophenszenarien, sondern alternative Gestaltungsansätze in das politische Leben einzubringen. Das schließt ein, dass wir unser Verständnis für den modernen Kapitalismus, seine qualitativen Veränderungen, seine Lern-, Entwicklungs- und Reformfähigkeit vertiefen müssen...

Eine dritte entscheidende Voraussetzung für die noch konsequentere Voranbringung des Erneuerungsprozesses ist die notwendige Demokratisierung der PDS.

Demokratisierung unserer Partei ist vor allem ein Selbsterziehungsprozess, der sich in den Vorständen, Interessengruppen und vor allem in den Basisorganisationen vollzieht. ...

Viertens. Der Erneuerungsprozess erfordert ein noch konsequenteres Durchdenken und inhaltliches Ausloten des Verhältnisses von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit. Nach den Volkskammer- und Kommunalwahlen müssen sich unsere gewählten Abgeordneten auf ihre Rolle als konstruktive Opposition einstellen. ...

Für die praktische Arbeit ist dabei die Bestimmung und Gestaltung des Verhältnisses zwischen der Fraktion und dem gewählten Vorstand besonders wichtig. Abgeordnete sind natürlich als Mitglieder unserer Partei im Parlament, aber vor allen Dingen gegenüber den Bürgern, ihren Wählern, verantwortlich. Abgeordnete, auch in der parlamentarischen Opposition, sind integriert in staatliche Strukturen, ihre Wirksamkeit zur Umsetzung unserer Politikangebote wird entscheidend durch außerparlamentarische Aktivitäten gefördert. ...

Fünftens. Der Erneuerungsprozess vollzieht sich unter den Bedingungen der durch Angliederung der DDR zu schaffenden deutschen Einheit. Wir wissen, dass sich die Bonner Koalitionsparteien im Interesse dieses Vereinnahmungsprozesses und der Sicherung ihrer Interessen für kurzfristig, möglichst am Jahresende, noch durchzuführende gesamtdeutsche Wahlen einsetzen. ...

Bereits jetzt vollzieht sich der Annäherungs- bzw. Vereinnahmungsprozess zwischen politischen Parteien der Bundesrepublik und der DDR, und wir können von der Tatsache ausgehen, dass sicherlich in der zweiten Hälfte dieses Jahres die Christdemokraten, die Liberalen und die Sozialdemokraten ihren gesamtdeutschen Verband schaffen. Damit drängt sich die Frage auf, was passiert mit der PDS? ...

Eine sechste Aufgabe, die im Interesse einer noch konsequenteren Fortführung des Erneuerungsprozesses zur beständigen Lösung ansteht, ist die Gewährleistung einer den Wählern, den Bürgern und unseren Mitgliedern ihren Anforderungen entsprechende Öffentlichkeitsarbeit. ...

Abschließender siebenter Punkt, den ich im Zusammenhang mit der notwendigen Beschleunigung des Erneuerungsprozesses hier nennen will, betrifft den Anspruch, Ordnung in die eigene Organisation zu bringen.

Seit Jahresbeginn wurde eine komplizierte Aufgabe gemeistert, mit der Neuformierung der Basisorganisationen in den Wohngebieten ist eine neue Struktur geschaffen. ...

Für den Erneuerungsprozess sehr wichtig ist die aktive selbständige Arbeit der Interessengruppen und Arbeitsgemeinschaften. ...

Zur Ordnung gehört auch der verantwortungsbewusste Umgang mit den finanziellen Fonds der Partei. Es ist kein Geheimnis, dass die Ausgaben um ein Vielfaches die Einnahmen übersteigen. Gegenwärtig besonders das finanzielle und materielle Vermögen der Partei Angriffen ausgesetzt ist und mit der Währungsreform Unsicherheiten verbunden sind. ...

In engem Kontakt mit anderen Parteien und demokratischen Bewegungen wurde das Bemühen fortgesetzt, zu gemeinsamen Formen der Zusammenarbeit zu finden.

Erste gemeinsame Aktivitäten mit dem Unabhängigen Frauenverband, dem Verband der Berufssoldaten, der Vereinigten Linken und der Gewerkschaft wurden durchgeführt.

Zur noch wirksameren Interessenvertretung der Werktätigen ist die politische Arbeit unserer Mitglieder in den Gewerkschaftsgruppen, besonders in den Gewerkschaftsleitungen, entsprechend den gegebenen Möglichkeiten auszubauen. Angesichts der Situation im FDGB und der mit der Auflösung der Dachorganisation ... formal minimierten Möglichkeiten, das Gewerkschaftsgesetz durchzusetzen, ist unsere Wirksamkeit hier besonders gefragt. ...

Mit der in diesen Tagen erfolgten Veröffentlichung des Entwurfs einer Verfassung für das künftige Land Brandenburg wird eine wichtige Aufgabe, die im 2. Halbjahr zur Lösung ansteht, in den Mittelpunkt unseres Interesses gerückt. ...

Die Bildung der Länder wird einhergehen mit der Führung eines intensiven Wahlkampfes zur Bildung eines künftigen Länderparlaments. Das stellt auch an unsere Partei, die bisher in Bezirksorganisationen organisiert ist, neue Anforderungen. [...]

Dokument 4

Schreiben Walter Jankas an Heinz Vietze in Vorbereitung des 1. Landesparteitages der PDS Brandenburg, Kleinmachnow im Juni 1990¹⁵

Lieber Genosse Vietze,

zum bevorstehenden Landesparteitag der PDS für das Land Brandenburg wünsche ich allen Genossen, die jetzt den Mut aufbringen, die Geschichte unserer Partei wahrheitsgemäß aufzuarbeiten, damit zugleich ein neues Konzept für die Zukunft der linken Arbeiterbewegung zu entwickeln, Erfolg, Kraft und Gesundheit.

Gerade jetzt, wo wir den politischen, ideologischen, kulturellen und ökonomischen Scherbenhaufen überwinden müssen, den die unfähige alte Partei- und Staatsführung hinterlassen hat, kommt es darauf an, das Selbstbewusstsein unserer Genossen und Freunde – trotz aller berechtigten oder verleumderischen Angriffe von Seiten der Gegner – wieder zu festigen. Die Inhalte und Formen des Kampfes in Gegenwart und Zukunft müssen darauf gerichtet sein, mit allen Kräften zusammenzuarbeiten, die ehrlich an der Interessenvertretung der arbeitenden Menschen interessiert sind. Ich weiß, dass dies leichter gesagt und schwer zu machen ist. Aber es gibt jetzt keinen anderen Weg, um die demokratisch orientierte sozialistische Arbeiterbewegung wieder wirksam werden zu lassen.

Mit sehr herzlichem und selbstverständlich sozialistischem Gruß

Euer Walter Janka

Dokument 5

Auszug aus dem Referat Heinz Vietzes auf dem 1. Landesparteitag der PDS Brandenburg in Potsdam am 16. Juni 1990¹⁶

[...] Betrachtet man die junge Geschichte unserer Partei, so erinnere ich mich an die Tage Ende November/Anfang Dezember, als, Wolfgang Thiel war dabei, vor allem [der] gerade neugewählte Bezirksvorsitzende in Berlin der Forderung der Parteibasis Nachdruck verlieh und Egon Krenz und das Politbüro aufforderte zurückzutreten, weil die entwürdigenden Enthüllungen und die Inkonsequenz und Halbherzigkeit der politischen Führung nicht länger zu ertragen waren. Ich erinnere mich an die Arbeit im Arbeitsausschuss zur Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitages, die harten Auseinandersetzungen über die Auflösung der Partei und die Entscheidung, den schweren Weg zu gehen, um die Last der Vergangenheit wissend, durch ehrliche, anständige Arbeit, also durch die konsequente Erneuerung der Partei, wieder Vertrauen zu erlangen. Notwendig war der radikale Bruch mit dem stalinistischen System und von großer Bedeutung für unsere Partei die Wahl von Gregor Gysi zum Parteivorsitzenden. Ich erinnere mich an die Tage der Krise der Partei zu Beginn des Jahres und die in dieser Situation sichtbar gewordene unbändige Lebenskraft sozialistischer Ideale und den Willen der Mitglieder der Partei, die sich in Initiativgruppen zusammenfanden und auch heute noch in besonderer Weise um den Erneuerungsprozess ringen...

Eine enorme Bewährungsprobe für unsere junge Partei waren die Tage härtester Auseinandersetzung im Wahlkampf zur Volkskammer und zu den Kommunalwahlen. Groß war der physische und psychische Druck, dem unsere Kandidaten, aber auch unsere Mitglieder zu widerstehen hatten. Es spricht für uns, dass wir diesen Druck aushielten, uns ehrlich zur bisherigen Politik und der Krise in unserer Gesellschaft bekannten und uns damit auseinandersetzten und somit Glaubwürdigkeit, Vertrauen und Zustimmung erhielten... Es war das wohl wichtigste Ergebnis der hinter uns liegenden Arbeitsperiode, dass trotz aller Anfeindungen, Verleumdungen, Erscheinungen des individuellen Terrors, der inneren Zerrissenheit der Partei es nicht gelang, die PDS kaputt zu machen, ja mehr noch, dass fast 2 Millionen Bürger unserer Partei Politik- und Erneuerungsfähigkeit bescheinigten... Der Wahlkampf, die Formierung unserer Partei in Basisorganisationen hat zu einer gewissen Konsolidierung der Partei beigetragen... Wir haben nicht nur das Recht, nach Berlin zu schauen, oder unserem Unmut freien Lauf zu lassen, sondern vor allen Dingen Verantwortung wahrzunehmen für den Beitrag zur Erneuerung der Partei...

Zur gegenwärtigen politischen Situation

...

Der friedliche, demokratische Aufbruch des Volkes vom Herbst 1989, das einen besseren Sozialismus, demokratischere Verhältnisse in der DDR wollte, hat eine Niederlage erlitten. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen: die Geschichte der DDR geht zu Ende. Die große Mehrheit der Bürger der DDR entschied sich für die D-Mark, die Marktwirtschaft und damit für eine bürgerlich-demokratische Grundordnung. Der Prozess der deutschen Einheit vollzieht sich nicht, indem zwei deutsche Staaten zusammenwachsen, sondern in entwürdigender, deprimierender Weise durch Anschluss nach Artikel 23. Mit der sich anbahnenden deut-

schen Einheit verbinden sich Hoffnungen und Ängste, Chancen, aber auch Ungewisses. In diesem Prozess der Restauration der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der Einführung politischer Strukturen nach BRD-Modell ergibt sich eine Situation, die viele Probleme aufwirft, die einer Lösung bedürfen...

Die Regierung erweist sich ... als unfähig, die Probleme zu beeinflussen. Sie unternimmt im Prinzip alles, um den Wert der DDR-Wirtschaft soweit herunterzusetzen, dass [sich] das westliche Kapital dann wirklich ... in Ruhe dieser ökonomischen Konkursmasse bemächtigen kann. ... Ist der Niedergang der DDR schon für viele Mitglieder unserer Partei, aber auch Bürger unserer Gesellschaft mit einem riesigen Verlust an Selbstbewusstsein verbunden, so unterlässt diese Regierung nichts, was der weiteren Demütigung der Bürger dient. ...

Die von dieser Regierung ausgehende Stillosigkeit, Unverfrorenheit, Arroganz und bewusste Demontage der Moral hat nur ein Ziel, es soll ein öffentliches Klima produziert werden, in dem der Wunsch nach schneller Einigung wächst und die Angliederung der DDR an die BRD einer Erlösung gleichkommt. ...

Wir meinen jedoch, dass wir mit Anstand und Würde in die deutsche Einheit gehen und unseren Beitrag für ein neues, demokratisches und friedliches Deutschland einbringen müssen. ... Die CDU ergriff in dieser Woche erneut die Initiative zum Anschluss der DDR an die BRD nach Artikel 23 des Grundgesetzes. Dies wird bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen in unserer Volkskammer sicherlich nicht zu verhindern sein.

Aber, dass im Ergebnis des Vereinigungsprozesses ein neues, demokratisches Deutschland entsteht und nicht nur eine größere BRD, das sollte politischer Inhalt unseres Wirkens sein. Die gegenwärtige Situation ist zugleich davon geprägt, dass unsere Partei das Ziel zugespitzter Angriffe ist. Gegenwärtig soll der Angriff auf das Parteivermögen dazu dienen, unserer Partei die Basis für ihre Arbeit zu entziehen. Der Beschluss der Volkskammer, mit sofortiger Wirkung das Vermögen aller Parteien und der mit ihnen verbundenen Organisationen in treuhänderische Verwaltung der vom Ministerpräsidenten eingesetzten unabhängigen Kommission zu überführen,¹⁷ hat nicht nur bei den Mitgliedern unserer Partei Empörung und Betroffenheit ausgelöst. Eine parlamentarische Mehrheit nutzt ihre Macht, um entgegen allen demokratischen Spielregeln und unter Bruch rechtsstaatlicher Prinzipien die unbequeme Opposition in die Knie zu zwingen. Ein solcher Beschluss konnte nur im Rechtsvakuum der heutigen DDR zustande kommen. Wer faktisch ohne Verfassung regiert, der hat sicherlich Gründe dafür, der will außerhalb von Recht und Gesetz seine neue Macht festigen. Das heißt, auf altes Unrecht folgt neues. Damit ist unsere im Entstehen befindliche Demokratie hart angeschlagen. Es darf nicht sein, dass in unserem Land die Willkür eines Parteienblocks lediglich durch die Willkür einer neuen Parteienkoalition abgelöst wird.

Worin zeigt sich das?

- Aufhebung der Gewaltenteilung, die Regierungskoalition schafft sich Gesetze und bestimmt über Recht und Unrecht;
- Auseinandersetzung mit politisch Andersdenkenden wird nicht mit Argumenten, sondern mit Willkür und Liquidierung des Gegners geführt, anders sind die Versuche zur Ausgrenzung der PDS bei der Bildung der Auftragsverwaltung in Frankfurt (Oder), Cottbus und Potsdam nicht zu verstehen;
- Berufsverbotspraktiken gegen Lehrerinnen und Lehrer, Gesinnungsterror gegen Berufs-

soldaten, Volkspolizisten, Zöllner, Angestellte, denen man nahe legt, ihre Partei zu verlassen, wenn sie weiter beschäftigt werden wollen, umrahmen diesen Entscheid.

... Wir sind nicht gegen Überprüfungen und Beseitigung von Unrecht, aber so... wird dieses Anliegen zur Farce und trägt zu dem allgemeinen Verdrängungs- und Ausgrenzungsprozess bei, der schon jetzt das politische Klima in Deutschland vergiftet. Deshalb ist es Anliegen der PDS im Land Brandenburg, wie auch vieler anderer politischer Kräfte, im Interesse der Menschen uns entschieden für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzusetzen. Unter diesen Bedingungen könnte hier im Herzen Europas mit darüber entschieden werden, wie und auf welche Art das europäische Haus als gleichberechtigter souveräner Partner entstehen kann. Denn von der Art und Weise der Vereinigung beider deutscher Staaten wird Signalwirkung für Europa ausgehen. Gegenwärtig scheint jedoch diese Einmaligkeit der Chance nicht jedem Politiker in Ost und West klar zu sein. Wir unterstützen die beabsichtigte Bildung eines Kuratoriums für eine gesamtdeutsche Verfassung, dem Persönlichkeiten beider deutscher Staaten angehören. ...

Ist es für viele Mitglieder schwer zu verstehen, dass vernünftige Politikangebote und Vorschläge unserer Partei, die im Interesse der Bürger sind, in den Parlamenten, nur weil sie von unserer Partei kommen, ins Aus gestellt werden. So wie unsere Vertreter in der Volkskammer, erfahren auch unsere Genossen, die das Vertrauen der Wähler erhielten und als Abgeordnete in Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen wirken, dass alles unternommen wird, sie de facto ins gesellschaftliche Abseits zu stellen. Wir sollten in diesem Zusammenhang nicht mutlos werden. Eine wichtige Konsequenz für uns muss darin bestehen, uns schnell an unsere Oppositionsrolle zu gewöhnen, an die Wirkungsbedingungen einer Minderheit. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir in unserem ehrlichen Bemühen um die Interessenvertretung der Bürger Partner bei anderen linken Parteien und Bewegungen finden werden. Vor allem auch die Unterstützung jener 2 Millionen Wähler, die uns mit ihrem Votum eine gute Ausgangsbasis verliehen. Erfreulich ist, dass bei vielen Mitgliedern Freiwilligkeit die alte Disziplin verdrängt, aber die Differenziertheit ist groß und Lustlosigkeit, auch Resignationserscheinungen sind nicht zu übersehen. ...

Der Unmut an der Basis ist auch deshalb berechtigt, weil unsere Partei über ihre Verhältnisse lebt. Bei allem Verständnis für die komplizierte Situation, bei Anerkennung der Tatsache, dass nicht alle Aktivitäten bekannt werden, aber Fakt ist, auch z.B. in Bezug auf das Parteivermögen wird sichtbar, wir haben noch zu wenig Konzepte für eine offensive Herangehensweise, sondern lassen uns nach wie vor von anderen treiben. ...

Bezüglich des Erneuerungsprozesses stehen wir am Anfang, als PDS vor einem neuen Aufbruch... Für uns muss klar sein, der entscheidende Beitrag für den Erhalt der PDS ist ihre ständige Erneuerung. Wir müssen uns verständigen über Ziele, Aufgaben und Wirkungen einer neuen sozialistischen Partei unter den Bedingungen, dass

- ein als Sozialismus deklariertes Gesellschaftsmodell gescheitert ist,
- der Sozialismus als gesellschaftliche Zielvorstellung in breiten Teilen der Bevölkerung deshalb diskreditiert ist und
- eine Rekapitalisierung auf dem jetzigen Boden der DDR stattfindet, die bei zunehmenden sozialen Konflikten mit einem konservativen Wertwandel in breiten Teilen der Bevölkerung verbunden sein wird.

Unsere Partei muss eine rigorose Umstellung auf die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse vornehmen und sich unter den neuen Bedingungen als eine linkspolitische Partei, die Verantwortung für die Linke in Gesamtdeutschland trägt, profilieren. ...

Die Notwendigkeit, den Erneuerungsprozess mit größerer Konsequenz zu führen
Die mit dem Parteitag im Programm und Statut vorgenommene Neubestimmung unseres Gesellschafts- und Parteiverständnisses macht uns noch nicht neu und glaubwürdig, sondern das muss einhergehen mit dem produktiven Infragestellen der eigenen Vergangenheit. Mit Ausnahme der Jungen, die Ballast leichter abwerfen und in Neues hineinwachsen, stehen wir vor der komplizierten Herausforderung der Vergangenheitsaufarbeitung. Ich wähle dieses Wort Vergangenheitsaufarbeitung, weil das häufig gebrauchte Wort Vergangenheitsbewältigung zu viele Freiräume für das täglich zu erlebende Verdrängen der Vergangenheit bietet. Wir haben eine Geschichte, und wir müssen mit ihr leben, und wir haben nicht wie andere, die ohne Hemmungen weiter regieren und als geläuterte Erneuerer Noten verteilen, nicht nur eine Wende vollzogen, sondern notwendigerweise die Erneuerung auf unsere Fahnen geschrieben. Wir stehen vor einer schwierigen Aufgabe. Die widerspruchsvolle Geschichte seit 1945, ja eigentlich seit 1917, muss aufgearbeitet werden. Allerdings, Ergebnis und Ziel dieser Aufarbeitung sollte nicht sein, ein neues parteioffizielles Geschichtsbild zu erarbeiten, sondern, was wir im Meinungsstreit anstreben sollten, ist ein demokratisches Geschichtsbild, das Widersprüche, Brüche, Rückschläge und persönliche Sichten nicht ausklammert.

Für mich beginnt Geschichtsaufarbeitung mit der radikalen Überwindung des Unfehlbarkeitsanspruchs, den wir aus unserer „Lehre“ von der gesetzmäßigen, ständigen Höherentwicklung abzuleiten glaubten. ...

Ich bin gegen eine einfache Umkehrung des Geschichtsbildes, in dem alles, was bisher gut und richtig war, jetzt falsch und schlecht wird. ...

Ich bin auch gegen eine solche Form der Auseinandersetzung in den Basisorganisationen, die dem einzelnen keine Zeit lässt, mit seinem eigenen Leben, seinen eigenen persönlichen Erfahrungen klar zu kommen. Der äußere Bruch mit der SED und dem stalinistischen System ist vollzogen. Aber der innere Bruch ist ein langwieriger Prozess. Viele sind enttäuscht, innerlich verletzt, haben noch nicht verarbeitet, dass sie, obwohl sie sich täglich in guter Absicht in die Lösung gesellschaftlicher Aufgaben einbrachten, letztlich in einer Partei wirkten, die entgegen ihren programmatischen Zielen die gesellschaftliche Entwicklung aufhielt. ...

Zu den wichtigsten Erkenntnissen gehört, dass wir heute wissen, Sozialismus kann nicht von oben verordnet werden, sondern muss von unten wachsen, getragen sein von den Volksmassen...

Was wir brauchen ist Mut zur Wahrheit. Wir sollten nicht zulassen, dass der hinter uns liegende Zeitabschnitt, die 40jährige Geschichte der DDR, zu einem weißen Fleck wird. Jeder von uns hat hier gelebt, sich engagiert, seine Freuden und Schwierigkeiten gehabt, es gab Ungerechtigkeiten und es gibt sie noch. All das kann man nicht wegwischen. Aufrichtigkeit, Sensibilität und gegenseitige Achtung sind erforderlich. Wir werden nichts verteidigen, was falsch und schädlich war, aber auch nicht zulassen, als sei die Geschichte der DDR ein einziger Niedergang. Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung für das Vergangene, und wir haben Mut und sind bereit, Verantwortung für Künftiges zu tragen.

Erneuerung der Partei setzt in hohem Maße Klarheit über Sinn und Zweck, das politische Grundprofil und die Perspektiven der PDS voraus. Das Selbstverständnis unserer Partei beginnt meines Erachtens mit den Fragen nach einer zeitgemäßen und zukunftsorientierten Auffassung von einer modernen Gesellschaft. ...

Die notwendige Erneuerung unserer Partei setzt vor allem ihre weitere Demokratisierung, die Ausprägung demokratischen Verhaltens und einer hohen politischen Kultur unserer Mitglieder voraus. Demokratisierung unserer Partei ist vor allem ein Selbsterziehungsprozess, der in den Vorständen, Interessengruppen und vor allem in den Basisorganisationen sich vollzieht.

...

Für jede Basisorganisation und jeden Kreisvorstand unserer Partei im Land Brandenburg muss gelten, gute Ideen und Vorschläge kann man verantwortungsbewusst umsetzen, ohne die Zustimmung von oben einzuholen.

Für den Fortbestand unserer Partei wird die unmittelbare, eigenverantwortliche, konstruktive Mitarbeit eines jeden zum entscheidenden Gradmesser...

Verschiedentlich werde ich darauf aufmerksam gemacht, dass es Spannungen gibt zwischen jüngeren und älteren Genossen, die sich in kontroversen Diskussionen ausdrücken. Kontroverse Diskussionen sind für mich Teil einer lebendigen, funktionierenden Partei. Es wäre gut, sie fänden überall statt, aber was diese Spannungen betrifft zwischen den jüngeren und älteren Genossen so meine ich, ist es doch insgesamt natürlich, dass sowohl der Blick auf die Vergangenheit als auch auf die Zukunft unterschiedlich sein muss. Diese unterschiedlichen Sichten brauchen wir, und wenn wir sie wollen, dann darf keine Seite mit dem Anspruch auftreten, allein die revolutionäre Richtung in der Partei zu vertreten...

Die Erneuerung unserer Partei glaubhaft für alle Mitglieder und Bürger zu gestalten erfordert auch, die Partei weiter demokratisch zu organisieren. Seit Jahresbeginn wurde mit der Neuformierung der Basisorganisationen in den Wohngebieten eine neue Struktur geschaffen.

Im Land Brandenburg haben sich 59 202 Mitglieder in die Liste eingetragen und ihre Mitgliedskarte erhalten. ... Die Mitglieder sind in insgesamt 3 215 Basisorganisationen erfasst. Im künftigen Land Brandenburg bestehen 41 Kreisverbände. ...

Seit Jahresbeginn traten 368, vor allem junge Mitglieder der Partei bei. Das zeigt vor allem, dass wir uns den jungen Menschen zuwenden müssen. ...

Die Arbeitsgemeinschaft der Jungen GenossInnen leistet in allen drei Bezirken einen aktiven und wirksamen Beitrag. Sie sind für uns stets kritische Wegbegleiter im Erneuerungsprozess. Besonders wertvoll für die Zukunft ist ihr Beitrag im Zusammenwirken den linken Jugendorganisationen...

Für den Erneuerungsprozess ist die aktive, selbständige Arbeit der Interessengruppen und Arbeitsgemeinschaften von besonderer Bedeutung. Wenn wir davon ausgehen, dass sich eine moderne sozialistische Partei so strukturieren muss, dass sie Potenzen, Kreativität und Initiative ihrer Mitglieder voll zum Tragen bringt und damit zur demokratischen Meinungsbildung herausfordert, sind diese AG, Initiativen und Interessengruppen kein notwendiges Übel..., sondern ein wichtiger Schlüssel zur Politikfähigkeit der PDS. Wir verkennen nicht, dass die AG/IG mit ihrem kritischen Potential im Erneuerungsprozess eine wichtige „Bremse“ für die Gefahr einer erneuten Verselbständigung von Parteistrukturen sind. Wir halten es für erforderlich, der demokratischen Mitwirkung dieser spezifischen Interessen Rechnung tragenden

Form des Parteilebens mehr Möglichkeiten zur Mitwirkung am Willens-, Bildungs- und Entscheidungsprozess einzuräumen. Woraus sich Konsequenzen für die Weiterentwicklung unseres Statuts ergeben müssen. Besondere Unterstützung sollten wir den Interessengruppen geben, die sich berufsspezifisch zusammensetzen und der Interessengemeinschaft „PDS kommunal“, über die ein reger Erfahrungsaustausch über die parlamentarische Arbeit zu gewährleisten ist.

Eine außerordentlich anspruchsvolle Arbeit wurde bei der Reduzierung und Profilierung des hauptamtlichen Apparates geleistet. Unsere Bezirke haben mit einer drastischen Reduzierung begonnen. Das hat uns von nicht wenigen Funktionären Kritik eingebracht. Angesichts der Geschichte der SED und der Rolle des Apparates ist natürlich ein kritisches Verhältnis zu den hauptamtlichen Mitarbeitern verständlich. Aber es muss auch gesagt werden, dass jene Anzahl Mitarbeiter, die wir gegenwärtig noch haben, keineswegs mehr identisch ist mit den alten „Apparatschiks“. Um es konkret zu sagen, im vergangenen Jahr waren in den drei Bezirken in Leitungen der Partei 2 934 politische und 2 303 technische Mitarbeiter eingestellt. Bis zum 30. 5. war der Apparat auf 234 politische Mitarbeiter abgebaut. Ein Großteil der noch tätigen 416 technischen Mitarbeiter finanziert sich mit den Einnahmen über Mieten usw. selbst... Die bestehenden Kontakte mit anderen Parteien und demokratischen Bewegungen sind weiter zu pflegen und geeignete Formen der Zusammenarbeit zu finden.

Intensiv wurden die Kontakte mit progressiven demokratischen Kräften in der Bundesrepublik gepflegt. In diesem Zusammenhang erlangt die Frage nach der deutschlandpolitischen Konzeption der PDS Bedeutung. Wir stimmen sicherlich in der Bewertung der entstandenen Situation überein, dass sich die einmalige Chance bietet, den deutschen Einigungsprozess mit dem europäischen Umbruch zu verbinden. ...

Unsere Position zur Länderbildung und zur Vorbereitung der Landtagswahlen

...

Mit unserem heutigen Parteitag demonstrieren wir, dass die PDS sich der Bildung der Länder in der DDR stellt. Die Bildung der Länder war eine entscheidende Forderung des Herbstes und ist für uns Teil des Prozesses der deutschen europäischen Einigung und zugleich wichtiger Anlass für notwendige Schritte zur Erneuerung unserer Partei. Bereits am 8. April haben wir auf einer ersten gemeinsamen Konferenz uns dazu verständigt, wie die Arbeit der PDS in einem künftigen Land Brandenburg zu gestalten ist. Es wurde ein Koordinierungsrat berufen, der unter Einbeziehung vieler engagierter Genossinnen und Genossen einen Standpunkt der PDS zur Länderbildung, den Entwurf eines Wahlprogramms und Vorstellungen über die Struktur und Arbeitsweise eines Landesverbandes erarbeitete. Erste gemeinsame Bildungsveranstaltungen, so u.a. für die Vorsitzenden der Fraktionen der Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen, fanden statt.

Auf dem Weg sind wir, aber wir sind wie andere auch noch Lernende. Optimale Strukturen der politischen und organisatorischen Arbeit müssen noch herausgebildet werden.

Warum engagiert sich eigentlich unsere Partei für die Länderbildung?

Mancher unterstellt uns mit dem Blick nach hinten, das heißt dem früher praktizierten Zentralismus, wir würden nur der Not gehorchen, nicht dem eigenen Trieb. Aber es ist wichtig herauszuheben, auch in Bezug auf die Länderbildung lässt sich die PDS von neuen Denksät-

zen leiten. Die Länderbildung entspricht dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung, sie hilft, Zentralismus abzubauen und schafft Möglichkeiten für die Erweiterung demokratischer Rechte in einem föderativen Staat, dessen Grundlage die kommunale Selbstverwaltung ist. Mit der Länderbildung, die eine Dezentralisierung der staatlichen Kompetenz und Entscheidungs- pyramide zum Ziel hat, verbinden sich auch günstige Möglichkeiten für die Bewahrung von Erhaltenswertem aus der Entwicklung der DDR in einem einheitlichen Deutschland.

Föderalismus ist eine wesentliche Komponente für die Demokratisierung und insofern handelt es sich bei der Länderbildung nicht nur um die Zusammenlegung von drei Bezirksterritorien, sondern um einen demokratischen Prozess, in dessen Ergebnis Strukturen entstehen, die es gestatten, mit höherer Sachkompetenz und Eigenverantwortung im Interesse der Bürger, ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen wirksam zu werden. ...

Wir haben keine Illusionen über die Möglichkeiten der Länder im Kräftespiel mit der künftigen Bundesregierung. Sie werden so groß sein wie es die rechtlichen Regelungen zulassen. Aus dieser Sicht gewinnt die Ausarbeitung einer modernen rechtsstaatlichen Landesverfassung enorme Bedeutung. Hierzu muss unsere Partei ihren Beitrag leisten. Die Landesverfassung muss dem Land die erforderliche Kompetenz im Verhältnis zum Bund und zu den Kommunen einräumen.

Dazu gehört vor allem:

- die regionale Planung und Verwaltung,
- die Ausgestaltung des Rahmens und der Inhalte der Kommunalautonomie,
- die Festschreibung eigenständiger basisdemokratischer Formen wie Bürgerinitiativen und Bürgerbewegungen und schließlich
- besondere Rechte zur Einbringung und Vorbringung von Bürgeranliegen im Landtag und anderen kommunalen Vertretungskörperschaften.

Unabdingbar sind für uns die in der Landesverfassung festzuschreibende Gewährleistung der Bürger- und Menschenrechte. Wir betonen diese Rechte, die unbedingt in den vorliegenden Entwurf einzuarbeiten sind, weil man mit Verboten und Einschränkungen wahrlich nicht zimperlich in diesem Verfassungsentwurf umgeht. Wir halten es zugleich für unabdingbar, in dieser Landesverfassung ein klares eindeutiges Wort zur Oder-Neiße-Grenze festzuschreiben. In dieser Zeit ... müssen wir schnell lernen, über Bezirksgrenzen hinaus zu sehen, im Landesmaßstab zu denken und im Interesse der Menschen Politikangebote anzubieten.

Wir schlagen deshalb der Landeskonferenz vor, eine Kommission zu bilden, die die Anregungen der Basisorganisationen zum Verfassungsentwurf zusammenfasst ...

Was unsere Partei betrifft, sollten wir nicht innere Stabilität formulieren, wir müssen uns erst formieren und erneuern, davon ausgehen, dass Bürgerinteressen Priorität haben ... und die Ergebnisse im Erneuerungsprozess auch eine solide Basis für eine erhöhte Ausstrahlungskraft [auf] unsere Wähler [sind]. Wir sind aus den Volkskammerwahlen und den Kommunalwahlen, trotz ausgeprägter Aggressivität und gezielter Verdrängung aus den Medien, als drittstärkste politische Kraft hervorgegangen. In Frankfurt, Eisenhüttenstadt, Potsdam, Strausberg, Cottbus haben wir Ergebnisse erzielt, die uns als stärkste bzw. zweitstärkste Kraft ausweisen. Wir stellen in Gemeinden Bürgermeister. Die PDS ist weder Gewinner- noch Verliererpartei, sie ist eine neue Partei, eine demokratische Alternative, die erstmals vollständig aus der Opposition heraus antreten wird.

Natürlich wird nicht selten die Frage gestellt, was nützt die Stimmabgabe für die PDS dem Wähler, und auf diese Frage müssen wir durch unsere konstruktive, sachbezogene, an die Bürgerinteressen unmittelbar anknüpfende parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit Antwort geben. Eine starke Fraktion der PDS in den Länderparlamenten ist für die Landespolitik eine Schlüsselfrage, um linke Politik in ein künftig einheitliches Deutschland einzubringen. Wir brauchen also starke Linksfraktionen, das heißt einerseits unter der Voraussicht einer Mehrheits- und Verhältniswahl die rechtzeitige Auswahl geachteter und geeigneter Kader, die die Chance haben, direkt gewählt zu werden. Sie müssen im Wahlkampf und im späteren Landesparlament verdeutlichen, dass wir in einem einheitlichen Deutschland linke Politik brauchen, um von links auf einen gegen den arbeitenden Menschen gerichteten kapitalistischen Raubbau einzuwirken. Andererseits ist es zwingend notwendig, die grundsätzlichen Positionen unseres Landesverbandes inhaltlich so zu qualifizieren, dass sie von den Menschen angenommen werden.

Die durch uns zu vertretende Politik im Landesparlament muss echte linke Alternativangebote beinhalten, um den Regierenden planmäßig soziale Lösungen abzurufen. Unser Maßstab ist, die Ökonomie ist Mittel für soziale Stabilität und Politik. Wir sind für eine differenzierte soziale Abfederung kapitalistischer Marktwirtschaft.

Wir treten dafür ein, dass traditionelle Industriezweige wie die Kohle- und Energieproduktion, die Metallurgie, die Elektrotechnik/Elektronik, die Leichtindustrie und das Bauwesen mit staatlicher Unterstützung konkurrenzfähig profiliert werden. Das setzt die Beseitigung vorherrschender wirtschaftlicher Monostrukturen durch die sinnvolle Erweiterung und Modernisierung anderer Industriezweige, besonders die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe, des Handwerks sowie der technischen und sozialen Infrastruktur voraus. Zugleich fordern wir im Rahmen eines Wirtschaftsstrukturkonzeptes die Anpassung der Industriestandorte an die neuen Anforderungen in Verbindung mit der Ansiedlung von neuen Unternehmen. Als zukunftssträchtige Bereiche für die Neuorientierung sehen wir im Land Brandenburg

- die Umweltindustrie sowie Einrichtungen des Natur- und Umweltschutzes,
- den wissenschaftlichen Gerätebau und die Medizintechnik,
- intelligenzintensive und ingenieurtechnische Leistungen,
- die Textilindustrie,
- die Baustoffindustrie sowie die Investitionsgüterindustrie,
- den Bau von Leichtmotoren und Landmaschinen,
- die Holzwirtschaft,
- die Touristik sowie das Hotelgewerbe, die Gastronomie und die diversen Dienstleistungen.

Es versteht sich, dass wir mit diesen Programmen die Einhaltung des Wahlversprechens der jetzt Regierenden einklagen, denn wir vergessen nicht, dass ihr wichtigster Wahlslogan „Arbeit für alle, die arbeiten wollen“ lautete. Wir werden die angekündigten Massenentlassungen nicht kampflos hinnehmen und unterstützen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln die Kampfaktionen der Gewerkschaften. Wir fordern Umschulungs- und Arbeitsbeschaffungsprogramme der Betriebe und Kommunen, die auch von ihnen finanziert werden. Es muss Hauptanliegen der Tätigkeit der Abgeordneten in den Parlamenten sein, Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Strukturwandel einzufordern. Nur so können Arbeitsplätze für die Werktätigen der Industrie gesichert und neue Arbeitsplätze für ausscheidende Berufssoldaten

und Offiziere sowie die Landbevölkerung geschaffen werden. Die Regierung hat Hoffnungen geweckt zur Entwicklung des Mittelstandes ..., aber nicht gesagt, welchen sie meinen ... Wir fordern entschiedene Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität und erwarten das mehrmals angekündigte Kapital für die Modernisierung bzw. Sanierung der Klein-, Mittel- und Großbetriebe. Das ist die entscheidende Voraussetzung, um Löhne, Renten und Stipendien schrittweise zu erhöhen. Wir erklären unsere Solidarität mit den um höhere Stipendien kämpfenden Studenten und bekräftigen, dass höhere Löhne unter kapitalistischen Bedingungen nicht automatisch gewährt werden, sondern das Ergebnis harter Tarifaueinandersetzungen sind. Anwalt der werktätigen Menschen zu sein, heißt deshalb für Mitglieder der PDS, sich in diesen Arbeitskampf einzubringen und besonders in ihren Leitungen aktiv mitzuwirken.

Wir fordern von der Regierung die verfassungsmäßige Anerkennung und Verankerung der Ergebnisse der Bodenreform und den Erhalt bzw. die Schaffung ökonomisch rentabler landwirtschaftlicher Produktionseinheiten. Wir unterstützen die Bauern in ihrem Kampf und fordern von der Regierung Übergangslösungen für einen Zeitraum von 5 Jahren, um nicht vom EG-Markt überschwemmt und erdrückt zu werden. Gleichzeitig treten wir für die staatliche Unterstützung der Modernisierung der Landwirtschaftsbetriebe und strukturelle Anpassungsprogramme ein. Es versteht sich, dass es sich dabei vor allem auch um umweltverträgliche Strukturen, Produktionsverhältnisse und Produktionsweisen im Agrarsektor handelt.

Als PDS in Brandenburg, der märkischen Streusandbüchse, setzen wir uns dafür ein, dass in diesem wald- und wasserreichen Territorium Natur und Landschaft sauber und regional typisch erhalten werden. Dazu gehört, in unter Schutz gestellten Gebieten nur einen gemäßigten, den ökologischen Anforderungen untergeordneten Tourismus zuzulassen. Diese und weitere Positionen, Denkanstöße und Diskussionsangebote sollten in die Strategie für den Landtagswahlkampf eingearbeitet werden. Wir gehen davon aus, dass wir neue Wähler hinzugewinnen, wenn wir

- selbstbewusst für die Verteidigung der Rechte der DDR-Bürger eintreten, ohne uns als „Partei der Verlierer“ zu profilieren oder uns als „Partei der Schuldigen“ abstempeln zu lassen,
- die Erneuerung der PDS öffentlich nachvollziehbar und glaubwürdig voranbringen, die Basisorganisationen stärken und neue Mitglieder gewinnen,
- die deutsche Einheit als das Leitthema der Wahlen als aktiv zu beeinflussenden Gestaltungsauftrag an alle politischen Kräfte in der DDR hervorheben statt, wie andere Parteien, Unterwerfungs- und Anpassungsbereitschaft an die BRD zu fordern und zu praktizieren,
- die einzelnen Zielgruppen (Jugendliche, Frauen, Arbeiter, Werktätige auf dem Lande usw.) mit ihren spezifischen Interessen noch offensiver und genauer ansprechen,
- unsere Vision von einer menschenwürdigen Gesellschaft des demokratischen Sozialismus öffentlich bekennen und uns weder mit einem „Kapitalismus so gut es geht“ abfinden, noch einen Systemwechsel, koste es, was es wolle, verlangen. Also weder reformistisch noch linkssektiererisch auftreten.

Wichtig ist, dass wir unseren Wählern PDS-typische Themen anbieten. Solche Themen könnten sein:

1. Demokratie von unten, die die Repräsentativdemokratie ergänzt und kontrolliert.

Hierhin gehören die Verteidigung der Demokratiebewegung und –kultur des Oktober 1989,

die Demokratisierung der Wirtschaft u.a.

2. Soziale Gerechtigkeit im Sinne der Chancengleichheit aller, die immer dann finanziert werden kann, wenn der politische Wille dafür da ist bzw. konsequent eingefordert wird.
3. Partnerschaft (Solidarität) zwischen „Starken“ und „Schwachen“ als Alternative zur Ellenbogen- bzw. Zweidrittelgesellschaft.
Ich möchte diese Partnerschaft aber ausdrücklich ebenso als eine internationale zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern verstanden wissen.
4. Demilitarisierung der Gesellschaft, was ja mehr bedeutet als Abrüstung. Sie sollte für uns bis in die politische Kultur und somit zum Abbau politischer Feindbilder reichen. Demilitarisierung muss der Akzeptanz eines einheitlichen Deutschlands bei den Nachbarvölkern dienen. Für dieses Ziel treten wir radikal in der Perspektive (Abschaffung der Wehrpflicht), aber sehr variabel in der Vorgehensweise ein. (Zum Beispiel PDS-Sozialpläne für Berufssoldaten).
5. Das Abtragen alter, von der SED verschuldeter Umweltsünden und das Verhindern neuer. Hier brauchen wir das Engagement der Basisorganisationen in konkreten örtlichen Projekten gemeinsam mit anderen Umweltschützern.
6. Selbstbestimmungsrecht für jeden Menschen ausgehend von seinen konkreten Lebensbedürfnissen. Das muss z.B. heißen:
 - gegen die Wiedereinführung des § 218,
 - gegen die Verdrängung von Frauen aus dem Berufsleben,
 - für eine Frauenquote bei allen Leitungs- und Repräsentativfunktionen,
 - keine administrativen Scheinlösungen für sozio-kulturelle Probleme der Ausländer, sondern Asylrecht in der Verfassung.

Ich bin in meinen Ausführungen wiederholt auf die Notwendigkeit von Toleranz und Meinungspluralismus in der Partei eingegangen und will deshalb genauso deutlich sagen: Für den Wahlkampf brauchen wir zugleich ein Höchstmaß an Gemeinsamkeit in der Aktion. Das ist eine Eigenschaft, die die Partei des Demokratischen Sozialismus von anderen unterscheiden sollte...

Mit dem heutigen Landesparteitag und der Wahl eines Landesvorstandes stellen die drei Regionalausschüsse in Frankfurt (Oder) und die Bezirksvorstände in Cottbus und Potsdam ihre Tätigkeit ein. Die Mitglieder dieser Leitungen haben in den vergangenen Wochen eine fleißige Arbeit geleistet, wofür wir ihnen auf unserer heutigen Konferenz Dank und Anerkennung aussprechen.

Durch den durch uns heute zu bildenden Landesvorstand ist eine anspruchsvolle Arbeit in Vorbereitung der Landtagswahlen und bei der konsequenten Fortsetzung des Erneuerungsprozesses zu leisten. Wir sollten in den Basisorganisationen, in den Vorständen den Prozess der Neustrukturierung auf Länderbasis mit konstruktiver Kritik, sachlichen Vorschlägen und Hinweisen unterstützen.

Die Partei des Demokratischen Sozialismus ist eine Partei der Zukunft. Wir haben keinen leichten Weg gewählt, aber nur indem wir uns den zu lösenden Aufgaben im Erneuerungsprozess verantwortungsbewusst stellen, haben wir eine Chance, eine wichtige Rolle im Rahmen der deutschen Linken im geeinten Deutschland zu spielen. [...]

Dokument 6

Schreiben der Delegierten und Gäste des 1. Landesparteitages der PDS Brandenburg vom 16./17. Juni 1990 an den Ministerpräsidenten der DDR, Lothar de Maizière zu den Verhandlungen über den Einigungsvertrag¹⁸

Werter Herr Ministerpräsident,

die Delegierten und Gäste des Landesparteitages der PDS in Brandenburg fordern Sie als Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik eindringlich auf, die Bevölkerung der DDR unverzüglich über den konkreten Inhalt des 2. Staatsvertrages, dessen Anlagen und über eventuelle geführte Nebenabsprachen zu informieren.

Das Volk darf nie wieder, egal von welcher Partei auch immer, als unmündig behandelt werden. Die Bürger dieses Staates haben ein Recht, über schicksalsschwere Entscheidungen informiert und befragt zu werden.

Sie haben das Recht auf eine Mitentscheidung.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dokument 7

Handschriftliche Information¹⁹ über den 1. Parteitag des Landesverbandes Brandenburg am 17. Juni 1990, Berlin, 18. Juni 1990²⁰

Am 17. 6. 1990 fand die langfristig vorbereitete 1. Landesdelegiertenkonferenz der PDS des Landes Brandenburg statt, die sich auf Vorschlag des Koordinierungsrates als 1. Landesparteitag der PDS im Lande Brandenburg konstituierte. Dieser Beschluss wurde mit großer Mehrheit gefasst, der in der Diskussion wiederholt, insbesondere von Sprechern der Arbeitsgemeinschaft der Jungen GenossInnen, kritisiert wurde (der Beschluss sei undemokratisch, ohne Abstimmung mit der Basis erfolgt und würde dem Statut widersprechen).

An der Konferenz nahmen 142 von 146 in Kreisdelegiertenkonferenzen bzw. Vertreterversammlungen gewählten Delegierten teil (97,3 %), die insgesamt 59 202 eingeschriebene Mitglieder vertraten.

Der 1. Landesparteitag hat trotz z.T. sehr kontroverser Diskussion die drei gestellten Aufgaben erfüllt.

Erstens hat sich der Landesverband der PDS im Lande Brandenburg konstituiert. Über die Notwendigkeit dieses Schrittes gab es angesichts der politischen Lage im Lande und der vor unserer Partei stehenden Aufgaben einen breiten Konsens. In der Länderbildung werden Möglichkeiten gesehen, bestehende zentralistische Strukturen zu zerschlagen und günstige staatsorganisatorische Voraussetzungen für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu schaffen. Die Schaffung der Landesverbände der PDS ist eine Folge dieser Prozesse und schafft die Voraussetzungen, den Prozess der Länderbildung aktiv zu beeinflussen, einen intensiven Wahlkampf zur Bildung eines künftigen Länderparlaments zu führen. Die Herausbildung der Landesverbände beschleunigt den Erneuerungsprozess der Partei.

Zweitens wurden der Landesvorsitzende, der Landesvorstand und die Landesschiedskommission gewählt.

Zum Landesvorsitzenden wurde Genosse Heinz Vietze gewählt. Er erhielt genau die laut

Beschluss des Parteitages erforderliche 2/3-Mehrheit (94 von 141 Stimmen). Sein Gegenkandidat Frank Hammer (Kreisvorsitzender von Frankfurt (Oder)) erhielt 47 Stimmen (33,3 %). In den Landesvorstand wurden vorerst 53 GenossInnen gewählt. 2 Plätze wurden vorerst für eventuell noch zum Lande Brandenburg hinzukommende Kreise reserviert. Die Kreise Templin und Prenzlau, in denen sich die Bevölkerung für einen Anschluss an das Land Brandenburg ausgesprochen hat (mit 96 %), sind im Landesverband mit jeweils 1 GenossIn vertreten. Die Bezirke Cottbus und Frankfurt (Oder) sind mit je 16 GenossInnen und der Bezirk Potsdam mit 19 GenossInnen vertreten. Die Kreisvorsitzenden von Frankfurt (Oder) (Gen. F. Hammer) und von Potsdam (Gen. R. Kutzmutz) wurden nicht in den Landesvorstand gewählt.

In die Landesschiedskommission wurden vorerst 8 Mitglieder gewählt (je 3 aus den Bezirken Cottbus und Frankfurt (Oder), je 1 Mitglied aus dem Bezirk Potsdam und der Uckermark). Die Bezirksdelegation Potsdam war nicht in der Lage, die zu stellende Anzahl von 4 Mitgliedern abzusichern, da der Parteitag mehrheitlich den Beschluss gefasst hatte, dass nur ordentliche Delegierte und keine Gäste zur Wahl gestellt werden dürfen.

Der Landesvorstand wählte fünf GenossInnen in das Präsidium (neben dem Vorsitzenden):

Gen. Kerstin Münzberg – stellv. Landesvorsitzende

Gen. Wolfgang Thiel – stellv. Landesvorsitzender

Gen. Stobrawa – Mitglied

Gen. Anita Tack – Mitglied

Die AG der Jungen GenossInnen ernannte vorläufig als ihren Vertreter im Präsidium

Gen. Sven Bochow.

Das Präsidium des Landesvorstandes besteht also insgesamt [aus] sieben GenossInnen.

Die Kommissionen und ihre Leiter wurden noch nicht bestätigt.

Drittens wurde mit diesem I. Parteitag der Auftakt zu einer landesweiten Diskussion des Programms zu den Wahlen des Landesparlamentes gegeben. Dieses Programm wurde in einer Sonderausgabe der „per pedes“ Anfang Juni als Entwurf veröffentlicht und ist somit nun allen Basisorganisationen zugänglich, die ihre Vorschläge an die Arbeitsgruppe Wahlprogramm einreichen können.

An dem Parteitag nahmen neben den Delegierten eine ganze Reihe von Gästen, Sympathisanten und Interessenten teil. Vom Parteivorstand nahmen teil:

Gen. J. Willerding

Gen. B. Weser

Gen. L. Bisky

Gen. B. Meyer

Gäste waren weiterhin:

Gen. J. Zelm – Vorsitzender des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern

Dieter Dörflinger – Vertreter der linken Bewegungen der BRD.

Als Vertreter des Parteivorstandes trat Gen. Willerding auf. Er sprach insbesondere zum Vereinigungsprozess und zur Rolle der PDS im zukünftigen Deutschland. Grußschreiben an den Parteitag von Gen. G. Gysi und von Gen. W. Janka wurden verlesen.

Das Referat zu den „Aufgaben und Zielen der PDS in einem zukünftigen Land Brandenburg“ hielt Genosse H. Vietze. Dieses war im Koordinierungsrat vorbereitet worden. Es beinhaltete drei Schwerpunkte:

- die gegenwärtige politische Lage in der DDR;
- der Erneuerungsprozess der PDS im Land Brandenburg;
- die Länderbildung und die bevorstehenden Aufgaben.

Es gab in Einheit mit dem Entwurf des Wahlprogramms ausreichende Anregungen zur Diskussion.

In dieser wurde das Referat jedoch wiederholt kritisiert (zu lang, zu allgemein, alter Stil, die Landesspezifika sei ungenügend herausgearbeitet worden usw.)

In der Diskussion ergriffen insgesamt 18 GenossInnen das Wort. Sie war sehr kontrovers sowohl zu Inhalten der Parteiarbeit, zum erreichten Stand der Erneuerung der Partei und ihrer Weiterführung sowie zur Struktur des künftigen Landesverbandes. Sie erbrachte zugleich eine ganze Reihe konstruktiver Vorschläge und Ideen, über die weiter beraten werden muss. Somit war sie auch wichtiger Erfahrungsaustausch über die Arbeit der Vorstände und der Basisorganisationen sowie der Interessen- und Arbeitsgemeinschaften.

Die Konferenz wurde zu Beginn mit einer Reihe von Anträgen (vor allem durch die Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen) belastet. Diese betrafen insbesondere Fragen der Geschäfts- und Wahlordnung. Die Anträge der AG Junger GenossInnen, das Referat auf 30 Minuten zu begrenzen, keine Entscheidung über die Struktur des Landesverbandes zu treffen und anstelle des Landesvorstandes nur einen Arbeitsausschuss zu wählen, wurden mehrheitlich abgelehnt. Auch der Antrag, anstelle des Vorsitzenden einen Sprecherrat zu wählen, fand keine Zustimmung.

Mehrheitlich wurde dagegen beschlossen, nur Delegierte und keine Gäste zur Wahl zu stellen und dass der Vorsitzende des Landesvorstandes nur bei einer 2/3-Mehrheit als gewählt gilt. Diese Beschlüsse hatten zur Folge, dass sich die Bezirksdelegationen z.T. sehr kurzfristig über neue Vorschläge ihrer Kandidaten für den Landesvorstand und die Landesschiedskommission verständigen mussten.

Die Wahl der Kommissionen, die Aufstellung der Kandidaten für Landesvorstand und Schiedskommission lief danach im wesentlichen problemlos ab. Auch die Wahlhandlung selbst brachte keine Probleme. Der Vorsitzende sowie die leitenden Gremien wurden im ersten Wahlgang gewählt.

Auf Antrag von Delegierten wurden beschlossen:

- eine Kasse der Roten Hilfe beim Landesvorstand einzurichten. Eine Arbeitsordnung soll dafür ausgearbeitet werden;
- eine Kommission zur Erneuerung und Demokratisierung der Partei beim Landesvorstand zu bilden;
- eine Teilnahme von Vertretern der Arbeitsgemeinschaften, die landesweit organisiert sind und arbeiten, an Vorstands- und Präsidiumssitzungen der Kreisvorstände und des Landesvorstandes zu sichern;
- Direktmandate an bundesweit anerkannte Arbeitsgemeinschaften und Interessengruppen einmalig zum Wahlparteitag zu vergeben (je AG 2 Vertreter);
- den 1. Parteitag als Wahlparteitag in 6 – 8 Wochen fortzusetzen.

Zwei Probleme wurden noch sichtbar:

1. Gewisse „Reibungen“ zwischen „jung“ und „alt“ wurden sichtbar, wie sie in Anträgen und der Diskussion sowie in Diskussionsbeiträgen sichtbar wurden. Verbunden damit sind Er-

scheinungen der Intoleranz, der Inakzeptanz der „anderen“ nicht zu übersehen, aber auch der Ungeduld hinsichtlich des Erneuerungsprozesses der PDS.

2. Aversionen gegen den hauptamtlichen Apparat wurden erneut sichtbar und deutlich zum Ausdruck gebracht. Dabei ist nicht zu übersehen, dass diese Angriffe und die unsichere soziale Lage der politischen Mitarbeiter der Vorstände zu Motivationsverlusten bei diesen führen.

Dokument 8

Handschriftlicher Vermerk zur Lage im Landesverband Brandenburg der PDS vom 21. Juni 1990²¹

Land Brandenburg

1. Zunahme der Austritte im Juni

z.B. Finsterwalde, Eisenhüttenstadt: je über 50 Genossen

Bad Freienwalde: über 30 Genossen

Die Kreisvorsitzenden rechnen mit einem Verlust an 20 bis 30 % der Mitglieder.

Gründe für Austritte:

- Existenzangst
- Nötigung durch Vorgesetzte und staatliche Organe (Gefahr der Berufsverbote)
- Druck durch Familienangehörige bzw. Verwandte
- Nachlassende innere Bindung an die Partei, kein Einverständnis mit Programm und Statut
- Auswirkungen der „Altlasten“ der SED, die man nicht mittragen will (z.B. Gewährleistung von Unterschlupf für ehemalige Terroristen auf dem Gebiet der DDR)

Verlieren u.a. Mitglieder mit Sachkompetenz!

2. Es gibt scharfe Kritik an der „Handhabung“ der Finanzen durch den Parteivorstand an der Basis und von den Kreisvorständen.

Ein Konzept zu Finanzfragen sei nicht erkennbar.

- Die Basis (Vorstände fordern greifbare Ergebnisse bei der Reduzierung des Apparates auch in anderen Bezirken und Kreisen. Es gibt völliges Unverständnis dafür, dass der PV hier nicht wirksam wird. Auch im zentralen Apparat werden weitere Reduzierungen gefordert. Kreisvorsitzende kündigten an, dass sie keine Mittel mehr abführen werden von den Mitgliedsbeiträgen.
- Gefordert wird die Bildung eines Rücklagefonds beim Parteivorstand, der zentral die finanzielle Absicherung aller Vorruhestandsregelungen beinhaltet. Bei der Realisierung der Forderung der Selbstfinanzierung sind die Kreise außerstande, diese finanzielle Belastung zu tragen.
- Kritisiert wird die Bereitstellung der ungeheueren Summe für die Humboldt-Universität auf „Bitte des Rektors“. Wermaßt sich das Recht an, so mit Parteieigentum umzugehen, zugleich die Mitarbeiter des Apparates ins soziale Ungewisse zu entlassen und ständig über den finanziellen Bankrott der Partei zu lamentieren sowie wieder die Beiträge erhöhen zu wollen, wird gefragt. Wer entscheidet darüber? Das Präsidium oder der Parteivorstand? Warum erfährt die Basis erst in einer Pressekonferenz darüber? (Fragen an der Basis)
Gefordert wird, die Arbeit von Präsidium und Parteivorstand transparenter zu machen,

auch die Arbeit der VK-Fraktion. Es wird vorgeschlagen, darüber Informationsblätter für die KV, die Basisorganisationen zu verbreiten.

- Auf Grund der Finanzlage wird eine weitere Reduzierung des Apparates in den KV angestrebt. Aber dazu gibt es unterschiedliche Meinungen bei den Kreisvorsitzenden.

Meine Meinung dazu: Es ist verfrüht, schon in diesem Halbjahr auf die Selbstfinanzierung überzugehen. Dies ist unweigerlich mit einer weiteren radikalen Reduzierung des Apparates verbunden. Wir „enthaupten“ uns gerade wieder zu einer Zeit, wo zwei Wahlkämpfe vor dieser Partei stehen, die über ihre politische Existenz entscheiden. Die Personaldiskussionen fallen genau mit dem Wahlkampf zusammen.

Es müsste auf zentraler Ebene geklärt werden, was den Landesparteiorganisationen noch bis Ende des Jahres an finanziellen Mitteln bereit gestellt werden kann, auch ein bestimmtes Risiko eingehend, damit sich die Vorstände voll auf den Wahlkampf einstellen können. Denn wenn die Partei in diesen beiden entscheidenden Wahlkämpfen durchfällt, helfen ihr die Millionen auf der Kasse hinterher auch nichts mehr.

3. Deutlich treten Interessengegensätze zwischen der AG Junge GenossInnen und der übrigen Mitgliedschaft zutage. Die Gefahr einer Spaltung der PDS wird vereinzelt gesehen, wenn die Erneuerung der Partei nicht konsequent vorangebracht wird (wie diese Erneuerung aussehen soll, darüber gibt es vielfach auch nur nebulöse Vorstellungen).

Leider ist das Demokratieverständnis vielfach nur mangelhaft entwickelt, werden ultimative Forderungen erhoben, ist Konflikt- und Konsensfähigkeit unterentwickelt und sind Erscheinungen der Intoleranz nicht zu übersehen.

Dokument 9

Aus dem Wahlprogramm des Landesverbandes Brandenburg der PDS zu den Landtagswahlen 1990. Beschluss der Wählervertreterkonferenz (des Wahlparteitages) vom 18. August 1990²²

Seit dem 1. Juli 1990 ist der Staatsvertrag über die Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion auch im künftigen Land Brandenburg in Kraft. Jeder spürt, dass uns die Politik des Zusammennagelns der beiden deutschen Staaten nicht nur die „Segnungen“ der D-Mark gebracht hat. Ohne die erforderliche Anpassungszeit wurde die zentralistische Planwirtschaft durch die Koalitionsregierung de Maizière in die direkte Konfrontation mit der BRD-Wirtschaft und damit zugleich mit dem Weltmarkt getrieben.

Was die PDS in ihren Wahlaussagen zum 18. März und zum 6. Mai 1990 zu den Auswirkungen dieser Maßnahmen erklärte, ist eingetreten. Allein im Industriegebiet Teltow sind 5 000 von 15 000 Arbeitsplätzen gefährdet, im Kohle- und Energiesektor der Region Cottbus sind es 20 000 und in der EKO Stahl AG Eisenhüttenstadt weitere 1 600 bis 2 000. Diese Gebiete drohen zu einem Notstandsgebiet zu werden. In den bisherigen Bezirken Cottbus, Potsdam und Frankfurt (Oder) sowie in der Uckermark und in der Prignitz sind bis Jahresende bereits 200 000 Arbeitslose zu erwarten. Das scheint aber erst der Anfang zu sein! ...

Welcher Platz wird den 2,7 Millionen Brandenburgern in einem künftigen einheitlichen Deutschland zugedacht? ...

Das Land Brandenburg könnte solider Standort für eine Wirtschaft sein, die sich als Binde-

glied zwischen Ost- und Westeuropa versteht. Es kann viel tun für eine wachsende internationale Arbeitsteilung im Sinne eines zukünftig einheitlichen Wirtschaftsverbundes in Europa. Notwendig ist ein schnelles Anpassen der Unternehmen und Betriebe an das internationale wissenschaftlich-technische Niveau durch Nutzung aller Möglichkeiten internationaler Wirtschaftskooperation und nicht mit Massenentlassungen verbundene Stilllegungen. Der gegenwärtige wissenschaftlich-technische Rückstand in unserem Land ist nicht dem Unvermögen seiner Bürger, sondern der verfehlten Wirtschaftspolitik der ehemaligen Führung der DDR, der Konfrontationspolitik in der Welt und den wesentlich schlechteren wirtschaftlichen Startbedingungen geschuldet...

Wir fordern, ...unsere Wirtschaft in die internationale Arbeitsteilung sinnvoll und zum gegenseitigen Vorteil einzubinden.

Mit Hilfe der Bundesregierung und der EG sind die traditionellen Landesprodukte Brandenburgs dem Markt der Bundesländer und der EG zugänglich zu machen.

Wir fordern: Schluss mit der Überschwemmung unseres Brandenburger Marktes mit Waren, die hier selbst in ausreichender Menge und Qualität zu günstigeren Preisen hergestellt werden können...

Darüber hinaus fordern wir EG-Stützung für unsere Bauern.

Wir fordern die Einbindung des Landes Brandenburg als natürliches Umland von Berlin... Dieses Gebiet ist geschichtlich gewachsen, die Entwicklung wurde nur durch die Spaltung Deutschlands im Ergebnis des zweiten Weltkrieges unterbrochen...

Nicht alles in der vierzigjährigen Entwicklung der DDR war schlecht, und nicht alles in der Bundesrepublik ist gut und nachahmenswert. Die PDS will all das, was sich in der DDR als erhaltenswert erwiesen hat, auch im künftigen Land Brandenburg bewahren und fördern. Es ist das Recht der Menschen, dass mit den in fleißiger, harter und entbehrungsreicher Arbeit geschaffenen Werten sorgsam umgegangen wird.

Wir wenden uns dagegen, dass die Arbeiter und Bauern, die Angehörigen der Intelligenz und der bewaffneten Organe nun auch noch die Zeche von „Möchtegern-Politikern“ bezahlen sollen.

Wir fordern den Schutz der Angestellten des öffentlichen Dienstes vor Willkür, die sie in das soziale Aus drängt.

Die Hinhaltetaktik gegenüber den Berufssoldaten, den Angehörigen anderer bewaffneter Kräfte und den Zivilangestellten muss ein Ende haben.

Die Eigentums- und Nutzungsrechte der Bürger des Landes Brandenburg dürfen nicht in Frage gestellt werden. Wir fordern die Anerkennung der sich auf der Grundlage der Rechtsordnung der DDR herausgebildeten Eigentumsverhältnisse in Stadt und Land.

Jeder sollte auch künftig das Recht haben, in seiner Wohnung, in seinem Bungalow, auf seiner Scholle zu leben.

Das Land Brandenburg braucht für seine Entwicklung eine klare Strategie.

Der Landesverband der PDS bemüht sich um einen konstruktiven Beitrag hierfür.

Wir verstehen uns als selbstbestimmter und selbstbewusster Teil der Demokratiebewegung im Land Brandenburg und darüber hinaus.

Die PDS braucht die kritische Haltung der Öffentlichkeit - so wie die Öffentlichkeit eine konstruktiv-kritische PDS braucht. Wir stellen uns jeder Verantwortung – sowohl in der Oppositi-

on, aber auch in der Regierung.

Wir sind für eine sozial- und ökologieverpflichtete Gesellschaft auf der Grundlage einer leistungsstarken, wettbewerbsfähigen Wirtschaft.

Wir betrachten den demokratischen Sozialismus als konkrete politische Bewegung für Menschlichkeit, Demokratie und Solidarität.

Ein demokratisches, ökonomisch starkes, ökologisch verpflichtetes, kulturell vielgestaltiges und friedliebendes Land Brandenburg sehen wir als wichtige Voraussetzung für die Realisierung der Grundrechte sowie für die Wahrung der Würde und Identität seiner Bürgerinnen und Bürger.

Für eine demokratische Landesverfassung und eine gesicherte Entwicklung der Kommunen ... Der Landesverband Brandenburg der PDS

- ist für eine Landesverfassung, die die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt;
- setzt sich dafür ein, die Einheit der politischen, zivilen, sozialen und kulturellen Rechte der Bürgerinnen und Bürger in der Verfassung zu verankern;
- ist für eine eindeutige Festlegung dieser Grundrechte als einklagbare individuelle Rechtsansprüche, um jede undemokratische Einschränkung in der Folgegesetzgebung auszuschließen;
- setzt sich dafür ein, dass in die Landesverfassung vielfältige Formen der unmittelbaren Demokratie Eingang finden, die die Bürgerinnen und Bürger direkt am gesellschaftlichen Entscheidungsprozeß beteiligen;
- fordert, den Schutz der auf der Grundlage der Bodenreform herausgebildeten Eigentumsverhältnisse in der Landesverfassung zu verankern;
- fordert im einzelnen die Verankerung der Rechte der politischen Mitgestaltung, der Gleichstellung von Frauen und Männern, der Teilnahme von Ausländern an den Wahlen im Land, der Kinder und Jugendlichen, der Frauen auf selbstbestimmte Schwangerschaft, auf angemessenen Wohnraum, auf eine gesunde Umwelt als Menschenrechte, der Rechte der Sorben, der Sicherung der Eigentumsrechte der DDR-Bürger, des Aussperrungsverbot im Arbeitskampf, der Chancengleichheit der Opposition in den Parlamenten, der Anerkennung der Oder-Neiße als Grenze zu Polen, der Grundsätze von Umlandbeziehungen zu Berlin.

Dem Grundsatz der unmittelbaren Demokratie verpflichtet, sind wir für ein Bürgerreferendum zur Abstimmung über die Verfassung.

Zum Aufbau einer stabilen Selbstverwaltung der Kommunen im Interesse der Bürger setzt sich der Landesverband Brandenburg der PDS vor allem für eine vom Landtag zu beschließende demokratische Kommunalgesetzgebung ein...

Das Recht auf Arbeit ist ein elementares und daher unverzichtbares Grundrecht der Menschen. Jede Regierung sollte daher vor allem daran gemessen werden, wie sie sich bemüht, dieses Grundrecht zu verwirklichen.

Es muss erreicht werden, dass das Recht auf Arbeit und Arbeitsförderung als einklagbares Recht in der Landesverfassung festgeschrieben wird.

Hauptaussagen für eine künftige Wirtschaftspolitik:

Unabdingbar ist die Erarbeitung eines STRUKTURKONZEPTES für die Wirtschaft des Landes Brandenburg mit ausgeprägten beschäftigungspolitischen und ökologischen Komponenten.

Der Landesverband Brandenburg der PDS wird darauf hinwirken, dass das Land Brandenburg in die weiter voranschreitende internationale Arbeitsteilung eingebunden wird.

Brandenburg muss dabei einen eigenständigen Beitrag zur Entwicklung der Hochtechnologien leisten und alternative Lösungen für traditionelle Wirtschaftsbereiche suchen.

Wir fordern deshalb klare Aussagen zur Perspektive der Institute der Akademie der Wissenschaften und Entwicklungskonzeptionen mit konkreten Förderungsmaßnahmen für die Betriebe der Elektrotechnik/Elektronik in Teltow, Frankfurt (Oder), Neuruppin, Hennigsdorf und Bernau;

der Metallurgie in Eisenhüttenstadt, Brandenburg, Hennigsdorf und Oranienburg;

der Leicht- und Textilindustrie in Cottbus, Spremberg, Wittstock, Guben und Forst;

der Kohle- und Energiewirtschaft in den Territorien Senftenberg, Calau, Spremberg und Cottbus;

der chemischen Industrie in Schwedt, Fürstenwalde, Oranienburg, Wittenberge und Schwarzhöhe;

des Fahrzeug- und Maschinenbaus in Ludwigsfelde, Eberswalde, Finow, Brandenburg, Luckenwalde und Pritzwalk;

der Betriebe der metallverarbeitenden Industrie Finsterwalde.

Wir fordern ein Programm zur Förderung des Handwerks und der Gewerbetreibenden, den Einsatz öffentlicher Mittel zur Fortsetzung des sozialen Wohnungsbaus und die Gewährung notwendiger Unterstützung für die Landwirtschaftsbetriebe im Land Brandenburg.

Wir fordern schnelle und wirksame Maßnahmen der Regierung zur Sanierung beziehungsweise zur Umstrukturierung der Industrie, zum Beispiel durch staatliche Stützung der Roheisenproduktion, des Bauwesens und der Landwirtschaft unseres Landes zur Sicherung von Arbeitsplätzen und internationaler Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen. Das bedarf des Einsatzes staatlicher, privater und europäischer Förderungsbeiträge.

Die Ansiedlung neuer Unternehmen erfordert gezielte Unterstützung...

Wir setzen uns ein für eine Steuer- und Finanzpolitik, die die Förderung bestehender und die Ansiedlung neuer mittelständischer Unternehmen unterstützt, einschließlich der Möglichkeit des Erwerbs von Grund und Boden...

Wir setzen uns ein für eine aktive staatliche Beschäftigungspolitik mit den Schwerpunkten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Umschulung.

Wir lehnen Sozialabbau konsequent ab. Die wirtschaftlichen Reformprozesse dürfen darum nicht auf dem Rücken der Menschen ausgetragen werden, sondern müssen eine Verbesserung der Lebensqualität für alle bewirken.

Wir unterstützen die Forderungen der Gewerkschaften nach Teuerungsausgleich und Schutz vor hemmungsloser Profitwirtschaft.

Wir sind gegen die Ausgrenzung der sozial Schwachen und für deren Schutz durch staatliche Maßnahmen.

Wir sind für den Ausbau der geschützten Werkstätten und die Erhöhung der Anzahl der geschützten Arbeitsplätze sowie für einen erweiterten Kündigungsschutz für betroffene Bürger. Jedem Schulabgänger ist eine Lehrstelle zu garantieren, jedem Auslernenden und jedem Absolventen einer Hoch- und Fachschule ist ein Arbeitsplatz zu sichern.

Bei Strukturveränderungen sind bezahlte Umschulungen vorzunehmen, die sozial verträglich

gestaltet werden müssen.

Den Landwirtschaftsbetrieben aller Eigentumsformen sind Steuervergünstigungen sowie zinsgünstige Investitionskredite zu gewähren, damit ihnen eine Anpassung an die Marktwirtschaft ermöglicht wird...

Um diese wirtschaftspolitische Zielstellung umsetzen zu können, setzen wir uns dafür ein,

- die Umwandlung der volkseigenen Betriebe entsprechend dem Treuhandgesetz so zu gestalten, dass die Einnahmen vorwiegend für die Strukturanpassung genutzt werden, um Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz und ökologische Sicherheit sowie den Erhalt von Arbeitsplätzen zu gewährleisten;
- die notwendige Regionalförderung bei der Zentralregierung einzufordern und alle Möglichkeiten der Europäischen Gemeinschaft auszuschöpfen;
- Lastenausgleichsfonds innerhalb des Landes Brandenburg sowie zwischen den Ländern des künftigen Gesamtdeutschlands schon 1991 einzurichten, um die ökonomische, ökologische, soziale und politische Entwicklung aller Länder und Kommunen gleichberechtigt zu ermöglichen;
- solche Steuergesetze zu schaffen, die die finanzielle Kraft und die soziale Stellung des Einzelnen berücksichtigen;
- staatliche Mittel für Investitionen vorwiegend für einheimische Unternehmen, insbesondere des Mittelstandes, zu vergeben sowie durch internationale Ausschreibungen diese Mittel sparsam einzusetzen und Spekulationen zu verhindern.

Für die Demokratisierung der Wirtschaft als Grundbedingung für ihre soziale und humane Zweckbestimmung fordern wir u.a.:

- die Einbeziehung der lohnabhängig Beschäftigten in die Grundsatzentscheidungen für die Entwicklung der Betriebe und Einrichtungen durch betriebliche Vertretungskörperschaften;
- die Schaffung von Struktur- Wirtschaftsräten auf Länderebene und bei der Zentralregierung bei Wahrung des Mitbestimmungsrechtes der Werktätigen;
- Vielfalt und Chancengleichheit alle Eigentumsformen;
- öffentliche Diskussion und Kontrolle von wirtschaftlichen Grundsatzentscheidungen;
- zügige Angleichung an das Lohnniveau der BRD, starke gewerkschaftliche Interessenvertretungen, Streikrecht und Aussperrungsverbot;
- Maßnahmen, die die gleichberechtigte Teilnahme der Geschlechter am Arbeitsleben ermöglichen und die gleiche Entlohnung bei gleicher Arbeit;
- die sinnvolle Eingliederung der ausländischen Arbeiter in die Wirtschaft und ihre gleichberechtigte Behandlung.

Für neue Lebensqualität auf dem Lande:

Die vorbehaltlose Anerkennung der Ergebnisse der Bodenreform und die juristische Sicherung von gleichberechtigt nebeneinander existierenden Eigentumsformen betrachten wir als grundlegendes politisches Erfordernis...

In enger Verflechtung von Agrarpolitik, Dorfentwicklung und Kommunalpolitik müssen der Erhalt der Dörfer und der ländlichen Siedlungsgebiete sowie ihr gezielter weiterer Ausbau gesichert werden.

Das Arbeitsplatzangebot im Dorf oder in seiner näheren Umgebung sowie eine leistungsfähige Infrastruktur sind entscheidend für den Fortbestand und die weitere Entwicklung der Dörfer...

Als Bürger eines der walddreichsten Länder Deutschlands sehen wir eine besondere Verpflichtung darin, alles für die Gesundheit, den Schutz und die Pflege der Wälder zu tun. Forstwirtschaft, Jagd und Tourismus dürfen nicht nur unter dem Aspekt des Profits betrieben werden. Wir unterstützen die breite Einbeziehung von Umweltinitiativen, Bürgerkomitees und Basisgruppen in die Entscheidung der Kommunen und des Landes. Die bestehenden „Grünen Tische“ der Bezirke, Kreise und Kommunen sollten ihre Tätigkeit als Öko-Beiräte der Umweltämter fortsetzen.

Für Abrüstung, Frieden und Sicherheit:

Die allgemeine, schrittweise und vollständige Abrüstung gehört zu den politischen Zielen der PDS.

Die PDS schlägt vor, den Frieden des Landes mit nichtmilitärischen Sicherheitsstrukturen auf der Grundlage der KSZE-Beschlüsse zu garantieren.

Das erfordert *e r s t e n s* , das militärische Potential drastisch zu reduzieren...

Das erfordert *z w e i t e n s* eine sozial, ökologisch und ökonomisch vertretbare Konversion...

Das erfordert *d r i t t e n s* , das Land Brandenburg mit Hilfe von Militärtechnik ökologisch zu sanieren...

Das erfordert *v i e r t e n s* , die Friedens-, Abrüstungs- und Konversionsforschung im Land Brandenburg zu institutionalisieren...

Für klare soziale Orientierungen, Gleichberechtigung und Gleichstellung

Die männerorientierte Gesellschaft und ihre von oben verordnete Frauenpolitik schien mit der Volksbewegung vom Oktober/November 1989 überwindbar, doch nun sehen wir uns unversehens konfrontiert mit einem Patriarchat, in dem nun das große Kapital erneut das Sagen hat. Die soziale Gleichstellung von Frau und Mann zu erreichen wird nur möglich sein, wenn die Frauen selbst unnachgiebig ihre Forderungen einbringen. Frauen sind keine Minderheiten, und Frauenfragen sind keine Ressortfragen!

Damit Frauen ihr Recht auf selbstbestimmte persönliche Entwicklung wahrnehmen können, ist die Demokratisierung gesellschaftlicher Strukturen unabdingbar. Vor uns liegen Jahrzehnte politischer Auseinandersetzungen, die unsere Fähigkeit – die der Frauen u n d der Männer – zum Bündnis mit der Vielzahl aktivierter und organisierter Demokraten in aller Welt fordern wird...

Im Hinblick auf eine breite gesellschaftlich Akzeptanz aller Lebensformen setzt sich der Landesverband Brandenburg der PDS ein für die moralische und juristische Anerkennung und Gleichstellung von Ehe, Lebensgemeinschaft und gleichgeschlechtlicher Partnerschaft. In Wahrnehmung seiner Verantwortung zur Aufarbeitung historischer Schuld setzt er sich dafür ein, dass Schwulen und Lesben, die der Verfolgung des faschistischen Regimes ausgesetzt waren, als VdN anerkannt werden. Allen nach 1945 ungerecht Verfolgten muss Wiedergutmachung widerfahren. Der Paragraph 175 des Bürgerlichen Strafgesetzbuches darf keine Anwendung finden.

Die PDS setzt sich ein für die öffentliche Förderung historisch gewachsener und sich neu bildender Selbsthilfe- und Arbeitsgruppen von Schwulen und Lesben im Land.

Für die Rechte der Kinder und Jugendlichen und eine familienorientierte Sozialpolitik:

Die Kinder und Jugendlichen des Landes Brandenburg sind seine Zukunft. Die Gewährleistung optimaler Bedingungen für die freie Entfaltung jedes menschlichen Lebens erachtet die

PDS als einen Grundauftrag des gesellschaftlichen Gemeinwesens. Deshalb gehört es zu ihren Zielen, für das Wohl und die Interessen der Kinder und Jugendlichen alle notwendigen gesellschaftlichen und materiellen Aufwendungen einzusetzen. Der Unterstützung von territorialen Interessengruppen gehört dabei unsere Aufmerksamkeit...

Die PDS regt die Einrichtung von unabhängigen Kinder- und Jugendhäusern als Begegnungs- und Aufklärungszentren sowie zur Betreuung sozial gefährdeter Jugendlicher und die Initiierung und staatliche Unterstützung von Selbsthilfegruppen an.

Sie setzt sich insbesondere für die Unterstützung Behinderter und sozial schwächer gestellter Kinder ein.

Sie unterstützt die Entwicklung und Arbeit der Kindervereinigung e.V. und anderer unabhängiger Kinderorganisationen.

Für soziale Gerechtigkeit und Sicherheit älterer Bürger:

Die Seniorinnen und Senioren des Landes Brandenburg müssen die Früchte ihrer Arbeit in einem gesicherten Ruhestand auch erfahren können.

Als Sofortmaßnahmen sind ein neues Rentengesetz mit dem Ziel der kurzfristigen Angleichung der Renten an das Niveau der Renten in der BRD sowie die Erhöhung der Mindestrenten erforderlich. Die Rente muss der Einkommensentwicklung angepasst werden...

Integration aller Menschen mit Behinderungen, ihre Gleichstellung in der Gesellschaft und die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit.

Indikator für die tatsächliche Ausprägung von Demokratie ist der Grad der Förderung und Integration sowie der Umgang mit den Schwachen der Gesellschaft. Daher halten wir insbesondere auch die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte für ein wichtiges Feld sozialer Politik...

Für die Freiheit von Kultur, Kunst und Wissenschaft, für ein modernes Sportkonzept – gegen kulturelle Verödung im Land Brandenburg:

Der Landesverband Brandenburg der PDS dringt auf die Durchsetzung des Verfassungsgrundsatzes der Freiheit von Kultur, Kunst und Wissenschaft. Er fordert vom Staat und vom Land, ihre Kulturpflicht zu erkennen und auszuüben, insbesondere ökonomische Faktoren zu regulieren, die die freie Entfaltung von Kunst, Kultur und Wissenschaft hemmen.

Die PDS wendet sich aber gegen jeden staatlichen Dirigismus auf diesen Feldern.

Um die Mitbestimmung von Künstlern und Kulturschaffenden auch auf außerparlamentarischen Ebenen zu gewährleisten, spricht sich die PDS für die Fortführung der Tradition des Runden Tisches Kultur auf Landesebene bzw. für die Bildung eines entsprechenden Landeskuratorium aus. Wir wollen, dass unser Land Brandenburg eine kulturelle Entfaltung erfährt, wie sie der geistesgeschichtlichen Tradition dieser Region würdig ist.

Als kultureller und sozialer Wert besitzt der Sport eine unverzichtbare Funktion...

Bildung ist ein Recht und kein Privileg:

Die PDS engagiert sich im Land Brandenburg für eine moderne Bildungspolitik, die allen Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Nationalität, sexueller Orientierung, sozialer und familiärer Herkunft, kultureller, politischer und religiöser Identität, gleiche Bildungsmöglichkeiten und allen am Bildungs- und Erziehungsprozess Beteiligten reales Mitsprache- und Mitgestaltungsrecht gewährleistet...

Für das Menschenrecht auf Schutz und Förderung der Gesundheit

Der Landesverband Brandenburg der PDS ist für eine Gesundheitspolitik und ein demokratisches Gesundheitswesen, die durch die Kommunen, die Gewerkschaften, die zuständigen Berufsverbände im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestaltet werden.

Die Einrichtungen des Gesundheitswesens dürfen nicht marktwirtschaftlichen Prinzipien auf Kosten der medizinischen Versorgung der Bevölkerung des Landes Brandenburg unterworfen werden [...]

Dokument 10

Brandenburger Friedensappell 1. September 1990, angenommen auf der Wählervertreterkonferenz der PDS des Landes Brandenburg am 18. August 1990²³

Wir verstehen Frieden als ein unverzichtbares Menschenrecht. Dafür einzustehen heißt, dass die Menschen die Möglichkeit erhalten, dieses Menschenrecht selbst mitzugestalten.

45 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges haben die Sowjetunion und die USA den Kalten Krieg für beendet erklärt. Dessen sichtbarster Ausdruck – die Militärblöcke – haben sich überlebt. Sie müssen überwunden und durch gesamteuropäische kooperative Sicherheitsstrukturen abgelöst werden.

Auch die bevorstehende Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist verbunden mit dem Ende ihrer militärischen Konfrontation.

Die Vereinigung Deutschlands soll ein Beispiel für die gewaltfreie Verbindung von Ost und West in einer europäischen Friedensordnung sein.

Darum wenden wir uns gegen eine Entscheidung des Bundeskanzlers Helmut Kohl zur Mitgliedschaft in der NATO.

Wir wollen das von Michail Gorbatschow betonte Recht der Deutschen auf freie Selbstbestimmung in Anspruch nehmen.

Wir fordern daher einen Volksentscheid zum künftigen militärischen Status des Territoriums der DDR.

Zur Entscheidung werden folgende Fragen gestellt:

1. Das Territorium der DDR wird zu keinem Zeitpunkt in keinerlei militärische Strukturen und Aktivitäten der NATO einbezogen.
2. Streitkräfte und Rüstungen der NATO, einschließlich von Einheiten der Bundeswehr, werden zu keinem Zeitpunkt auf dem Territorium der DDR stationiert.
3. Nukleare, chemische und andere Massenvernichtungswaffen werden vollständig, soweit vorhanden, vom Territorium der DDR bis 1991 abgezogen und zu keinem Zeitpunkt mehr dort stationiert.

Wir fordern daher, bei der Reduzierung der NVA ein Beispiel von ökonomisch, ökologisch und sozial verträglicher Konversion zu geben.

Wir fordern daher die Abschaffung der Wehrpflicht.

Wir bitten alle Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Unterschrift diese Forderungen zu unterstützen.

Zwischen den Landesverbänden Brandenburg der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

der Freien Deutschen Jugend (fdj)

der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)

der Marxistischen Partei „DIE NELKEN“

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD)

wird vereinbart:

1. Oben genannte Parteien und Vereinigungen treten unter der Bezeichnung
PDS – Linke Liste
(PDS, fdj, KPD, DIE NELKEN, USPD)
zu den Landtagswahlen im Land Brandenburg an
2. Die Liste PDS – Linke Liste ist eine offene Liste und ermöglicht die Kandidatur von Vertretern
des Behindertenverbandes der DDR, des Mieterbundes des Landes Brandenburg und des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands. Die Vertreter dieser Verbände sind an keine programmatische und künftige parlamentarische Zusammenarbeit gebunden. Sie kandidieren als überparteiliche Organisation auf der Liste in Konsequenz der undemokratischen 5 % Klausel.
3. Jede Partei und Vereinigung der Listenverbindung PDS – Linke Liste hat das Recht, ihre politische, ökonomische und juristische Souveränität aufrechtzuerhalten.
4. Alle die Listenverbindung eingehenden Parteien und Vereinigungen erklären ihre Bereitschaft zur gleichberechtigten Zusammenarbeit.
5. Die Bestätigung der Kandidaten erfolgte auf dem Landesparteitag der PDS am 18. 08. 1990 und auf entsprechenden Vertreter- bzw. Delegiertenkonferenzen der Parteien bzw. Bewegungen.
6. Für die Partei / Vereinigung wurden folgende Listenplätze festgeschrieben:
12 und 22 fdj
15 und 33 USPD
17 KPD
18 „DIE NELKEN“
7. Es besteht keinerlei Koalitionszwang.
8. Jede in der Liste vereinigte Partei und Vereinigung hat das Recht, nach Bekanntgabe der Gründe die Liste zu verlassen.
9. Die Wahlverbindung PDS – Linke Liste trägt alle anfallenden Wahlkampfkosten entsprechend der finanziellen Möglichkeiten.
Dazu wird ein gesonderter Finanzplan erarbeitet.
Nach Abschluss der Wahlen erhält die PDS 90 % und jede weitere Partei bzw. Vereinigung jeweils 2,5 % der Gesamtsumme an Wahlkampffrückerstattungskosten.
10. Das Wahlbündnis PDS - Linke Liste geht nach den Landtagswahlen ein gemeinsames Aktionsbündnis ein und bemüht sich mit Blick auf die gesamtdeutschen Wahlen am 02.

Dezember 1990 um den Fortbestand und die Erweiterung des Wahlbündnisses.

11. Zur künftigen Arbeit der Fraktion insbesondere des Fraktionsbüros erfolgt zwischen den Parteien und Bewegungen, die die Listenverbindungen eingegangen sind, im Ergebnis der Landtagswahlen die erforderliche Abstimmung.

Für die PDS: gez. Heinz Vietze

Für die FDJ: gez. Ulrich ...

Für die KPD: gez. H. ...

Für die DIE NELKEN: gez. Torsten ...

Für die USPD: gez. H. ...

Dokument 12

Gemeinsame Wahlplattform PDS – Linke Liste (PDS, fdj, Marxistische Partei „DIE NELKEN“, USPD) zu den Landtagswahlen im Land Brandenburg vom August 1990²⁵

Die Parteien KPD, NELKEN, PDS und USPD sowie die fdj im Land Brandenburg treten gemeinsam zu den Landtagswahlen 1990 an. Wir fühlen uns den sozialen Grundinteressen der Menschen verpflichtet. Diese sehen wir mit dem hastigen Beitritt der DDR zur BRD in Gefahr. Uns eint die Vision einer Gesellschaft, die weder Arbeitslose noch Sozialhilfeempfänger nötig hat, die nicht auf Kosten der Lebensgrundlagen der Völker der dritten Welt und künftiger Generationen einen zweifelhaften Wohlstand genießt. Ungeachtet unterschiedlicher Auffassungen im einzelnen sind wir ein Bündnis eingegangen, weil nur die Gemeinsamkeit der Linken und der basisdemokratischen Bewegungen den Weg zu einer solchen Alternative öffnet. Brandenburg soll ein fortschrittliches, friedliebendes Land in einem demokratischen Deutschland, eine Brücke zwischen den Menschen Ost- und Westeuropas werden. Deshalb bekämpfen wir Neofaschismus, Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit. Wir treten für die Entmilitarisierung Deutschlands ein und sind gegen die geplante Ausweitung der NATO. Die Oder-Neiße-Grenze muss ohne Zögern anerkannt werden.

Niemand darf wegen seiner Rasse, Abstammung, Nationalität, Sprache, seines Geschlechts, seiner sexuellen Orientierung, seiner sozialen Stellung, seines Alters, seiner Behinderung, seiner religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung benachteiligt werden. Wir wollen alles unterstützen, was dem Frieden, dem sozialen, ökologischen und kulturellen Fortschritt unseres Landes dient und dazu unsere eigenen Vorstellungen einbringen. Davon ausgehend setzen wir uns für nachfolgende gemeinsame Ziele ein.

1. Die BürgerInnen Brandenburgs haben die Chance und das Recht, über das grundlegende Maß an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit des Landes selbst zu entscheiden...
2. Wir setzen uns ein für einen wirtschaftlichen Aufschwung des Landes, der dem Wohl der Menschen dient, die Geißel der Arbeitslosigkeit abwendet und die Naturressourcen schont...
3. Die für unsere Region typischen Dörfer und ländlichen Siedlungsgebiete müssen Entwicklungschancen durch weitgehenden Erhalt ihrer produktiven Basis bekommen...
4. Wir setzen uns dafür ein, dass Brandenburgs landschaftliche Eigenheiten bewahrt, gepflegt und wo erforderlich, wiederhergestellt werden...
5. Wir treten entschieden für die Entmilitarisierung durch schrittweise Verringerung des militärischen Potentials in unserem Land ein, bei Sicherung der sozialen Perspektive der Berufssoldaten und Zivilbeschäftigten...

6. Wir setzen uns für die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen Lebensbereichen ein...
7. Wir streben die moralische und juristische Anerkennung von Ehe, Lebensgemeinschaft und gleichgeschlechtlicher Partnerschaft an...
8. Die BürgerInnen haben einen Anspruch auf angemessenen Wohnraum und eine lebenswerte Wohnumwelt...
9. Brandenburg soll ein kinder- und jugendfreundliches Land sein...
10. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen gleiche Bildungschancen erhalten und das Mitsprache- und Mitgestaltungsrecht aller am Bildungs- und Erziehungsprozess Beteiligten gewährleistet wird...
11. Wir wollen, dass das Land Brandenburg eine kulturelle Entfaltung erreicht, wie sie den geistesgeschichtlichen Traditionen dieser Region würdig und den Erfordernissen einer modernen, weltoffenen Gesellschaft angemessen ist...
12. Wir setzen uns für die Entwicklung einer Medienstruktur im Land ein, die die politische und kulturelle Identität und demokratische Öffentlichkeit Brandenburgs fördert...
13. Mit einer verantwortungsvollen Wissenschaftsförderung muss freies Forschen und Lehren garantiert und zugleich höheren wissenschaftlichen Einrichtungen unseres Landes eine Zukunft ermöglicht werden...
14. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land Brandenburg seine Verpflichtung zur medizinischen und sozialen Betreuung der Bevölkerung wahrnimmt...

Dokument 13

Aus einer Kurzaufstellung der wahlkreisbezogenen Wahlergebnisse der Bundestagswahl 1990 für das Land Brandenburg nebst einiger Bemerkungen für den Landesvorstand Brandenburg der PDS, angefertigt von Kai-Uwe Schnapp, Berlin am 12. April 1991²⁶

[...]

Eine erste allgemeine Einschätzung besagt, dass die PDS in Brandenburg (und in Sachsen) im Vergleich der fünf östlichen Bundesländer zu den Landtagswahlen am meisten Boden verloren hat: 2,4% (bzw. 2,6%), während die CDU gerade in Brandenburg zur Landtagswahl am meisten zulegte: 6,9%.

Die Ursachen für letzteres sind meines Erachtens mit dem Stolpe-Diestel-Effekt und der zur Bundestagswahl immer noch wirksamen Hoffnung auf die allgewaltige Bundes-CDU (...- die CDU hat das Geld, das wir so dringend benötigen) kurz und befriedigend erklärt...

Wahlneigung zur PDS nach sozialen Gruppen: ... Die PDS in erster Linie Angehörige der Intelligenz bzw. anderer Berufe aus dem nichtproduzierenden Bereich anzusprechen in der Lage ist ... , während es ihr nur schwer gelingt die Arbeiter, deren Interessen vertreten zu wollen immer wieder als Ziel formuliert wird, anzusprechen bzw. für sie eine lukrative Wahlentscheidung darzustellen ... Damit entspricht die PDS Brandenburg aber durchaus dem allgemeinen Trend. Die Wahlneigung zur PDS steht im gesamten Bundesgebiet im umgekehrten Verhältnis zum Anteil an Arbeitern im jeweiligen Territorium.

Auf diese Tatsache sollte in Auswertung der Wahl aus verschiedenen Gründen hohe Beachtung gelegt werden.

Es gibt einen messbaren Zusammenhang zwischen der Wahlneigung der Arbeiter zu linken Parteien und ihrem gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Das sollte für die PDS unter anderem heißen, die positive Einstellung der eigenen Genossen zur Arbeit in den Gewerkschaften auch mit dem Ziel zu fördern, dass über eine breitere und tiefere Gewerkschaftsbewegung nicht nur direkt Druck ausgeübt werden kann, sondern dies auch von Bedeutung bei Wahlen sein kann ...

Angaben über die Zugehörigkeit zu bestimmten religiösen Bekenntnissen sind für die östlichen Bundesländer zur Zeit nicht verfügbar, für die PDS aber auch nur von sekundärer Bedeutung, da das Wahlergebnis West gezeigt hat, dass die PDS von religiös gebundenen Menschen nur in sehr geringem Umfang gewählt wird. Außerdem gab es bekanntlich in der DDR weit weniger stark ausgeprägte religiöse Milieus..., so dass es auch aus dieser Sicht zu keiner primären Beeinflussung des Wahlverhaltens durch religiöse Einstellungen kam...

Zusammenfassend muss hier noch einmal darauf aufmerksam gemacht werden, dass sich die PDS in großem Umfang auf ein sozialstrukturell dem Wählerpotential der Grünen ähnliches Potential stützt, ihre Verankerung bei den Arbeitern und erst recht bei den Bauern eine große Differenz zum eigenen Anspruch darstellt. Die PDS entwickelt sich vom eigenen Erscheinungsbild und damit natürlich auch im Wählerpotential zunehmend zu einer post-materialistischen Partei. Die Abneigung bzw. mangelnde Zuneigung von Arbeitern und Bauern ist nicht mehr allein auf die SED-Nachfolgeschaft zurückzuführen ...

Wahlbeteiligung und Abschneiden der PDS:

... Die PDS bei höherer Wahlbeteiligung allgemein geringere Verluste hinnehmen musste als bei niedrigerer. Das lässt darauf schließen, dass es auch in der PDS-Wählerschaft vor der Volkskammerwahl einen Teil Frustrierter gab, der an dieser Wahl, sei es aus Zweifel an der PDS oder aus Zweifel an ihren Möglichkeiten, Politik zu machen nicht teilnahm...

Wie sich auch zeigt, muss die PDS da, wo sie höhere Anteile erzielte, des öfteren auch größere Verluste hinnehmen (Wahlkreise 279 und 272). Neben der Erklärung, dass bei größeren Anteilen auch mehr zu verlieren sei, sollte doch versucht werden, die Ursachen dafür genauer zu definieren, zumal gerade Frankfurt (Oder) zur Volkskammerwahl eine der Hochburgen der PDS war ...

PDS und Alterstruktur:

Mangels detaillierter landesbezogener Angaben kann hier nur für das Gesamtwahlgebiet Ost ausgesagt werden... Gibt es bei Jugendlichen eine weit größere Wahlenthaltung als in den älteren Jahrgängen. Diese Angabe deckt sich auch mit anderen Umfragen, nach denen Jugendliche zwar ein stark zunehmendes Interesse an Politik zeigen, gerade an diese Form der politischen Beteiligung aber zunehmend weniger Interesse zeigen.

Für die PDS ist das von großer Bedeutung, da die jugendlichen Wähler eine der Trägergruppen der PDS sind. In der Altergruppe der 18-24-Jährigen wählten 10,3% der Wähler die PDS während es bei den 30-39-Jährigen nur noch 7,7% und bei den 50-59-Jährigen gar nur 6,2% waren. Sehr schnell wird hier deutlich, dass eine weiter zunehmende Wahlenthaltung bei Jugendlichen der PDS durchaus von Schaden sein kann, denn es ist anzunehmen, dass sich diese Alterstruktur als für die Partei typisch entwickeln wird.

Fazit:

Das Potential der PDS ist groß genug, um in allen östlichen Bundesländern noch längere Zeit

in Parlamenten vertreten zu sein. Wie sich das auf Bundesebene verhält, ist im Moment noch nicht abzusehen. Die PDS wird in ihrer gesamten Arbeit und politischen Ausstrahlung sehr viel mehr Augenmerk den Arbeitern und Bauern zumessen müssen, wenn sie die gesamtdeutsche 5%-Hürde überschreiten will. In dieser Beziehung macht das Land Brandenburg keine Ausnahme. Dies bedeutet die Notwendigkeit einer teilweisen Schwerpunktverlagerung hin zu Arbeitsformen, die näher an den Problemen der abhängig Beschäftigten liegen.

Weiterhin wäre genau zu untersuchen, wie stark die PDS selbst (Mitglieder, Aktivitäten) sowohl in den ländlichen als besonders auch in den südlicheren Wahlkreisen ist, um hier Unterstützung leisten bzw. Strukturveränderungen vornehmen zu können. Eine alte Erfahrung in der SPD besagt, dass sie da, wo viele und aktive Mitglieder im Territorium vertreten sind, insbesondere aber auch viele betriebsnahe Aktivitäten durchgeführt werden, auch immer weit überdurchschnittliche Wahlergebnisse verbuchen kann. Mit der CDU kann sich hier keine der beiden Parteien messen, da diese infrastrukturell durch die Kirche unterschiedlich stark, aber immer unterstützt wird. [...]

Literaturhinweise

¹ Das „kommunalpolitische forum Land Brandenburg“ e.V. wurde am 21. September 1991 in Königs Wusterhausen gegründet. Siehe dazu auch das in Vorbereitung befindliche Heft zu den PDS-nahen Vereinen und Verbänden.

² Die Volkskammer führt per Gesetz vom 22. Juli 1990 die Länderstruktur in der DDR offiziell wieder ein.

³ BLHA Rep. 401/20726.

⁴ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 167 und 181.

⁵ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 167.

⁶ Handschriftlicher Vermerk zur Lage im Landesverband Brandenburg der PDS vom 21. Juni 1990. LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand Heinz Vietze Nr. 54. Offensichtlich Ergänzung zur einer vorangegangenen Information vom 18. Juni 1990.

⁷ Eine Zahl für das Jahr 1989 konnte bislang noch nicht ermittelt werden.

⁸ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 167.

⁹ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 167.

¹⁰ Die 1. Landeskonferenz, die sich zum 1. Landesparteitag konstituierte, fand erst am 16. und 17. Juni 1990 in Potsdam statt.

¹² LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 181. Undatiert, vermutlich vom März 1990.

¹³ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 167.

¹⁴ Gemeint ist hier die am 8./9. September 1990 in Berlin durchgeführte Erneuerungskonferenz der PDS.

¹⁵ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand Heinz Vietze Nr. 54.

¹⁶ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand Heinz Vietze Nr. 54.

¹⁷ Auf Vorschlag der DSU hatte die Mehrheit der Volkskammerabgeordneten am 31. Mai 1990 die Einsetzung einer „Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens von Parteien und Massenorganisationen der DDR“ beschlossen.

¹⁸ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 249. Das Schreiben ist u.a. unterzeichnet von Heinz Vietze, Beate Thrans, Gerlinde Stobrawa, Anita Tack, Wolfgang Thiel, Angelika Bodewell, Margot Theben, Holger Klementz.

¹⁹ Vermutlich von Heinz Vietze.

²⁰ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand Heinz Vietze Nr. 54.

²¹ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand Heinz Vietze Nr. 54. Offensichtlich Ergänzung zur vorhergehenden Information vom 18. Juni 1990.

²² LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 604.

²³ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 249.

²⁴ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 598.

²⁵ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Sammlung Druckschriften L 425.

²⁶ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 599.

